

*Johannes Magel*

## EDITORIAL

Die Bundestagswahlen und ihre Konsequenzen stehen seit Sommer im Zentrum des politischen Interesses in unserem Land. Das Ergebnis der Bundestagswahlen interessiert uns in doppelter Hinsicht, zum einen wegen der Veränderungen in der Parteienlandschaft und des Wählerverhaltens, und zum anderen, weil die DKP zum ersten Mal seit dem „Anschluss“ der DDR wieder zur Bundestagswahl angetreten ist. Das Referat zur Auswertung der Bundestagswahl von *Männe Grüß* auf der letzten PV-Tagung möchten wir der T&P-Leserschaft gerne insgesamt zur erhellenden Lektüre empfehlen. Aus Platzgründen können wir hier nur einen kleinen Auszug dokumentieren, der den Wahlerfolg der AfD nicht als Ausdruck eines zunehmenden Rassismus in der Arbeiterklasse, sondern vielmehr als Indiz ihrer Gegenwehr gegen den Klassenkampf von oben interpretiert. Unmittelbar nach der Bundestagswahl hatte der französische Staatspräsident Emmanuel Macron eine für die imperialistische EU wegweisende Rede gehalten, deren strategische Bedeutung mit Blick auf den deutschen Imperialismus *Stephan Müller* für uns analysiert.

Der Schwerpunkt dieser Ausgabe befasst sich mit der gegenwärtigen Strategiedebatte in der DKP. *Johannes Magel* würdigt diesbezüglich zunächst den Leitantrag des Parteivorstands zum kommenden Parteitag. Er hebt insbesondere hervor, dass der Leitantrag nach vorne weist, indem er versucht, die Einheit der Partei und ihre

ideologische Entwicklung mit der bewussten Orientierung auf die antimonopolistische Strategie auf eine neue Stufe zu stellen: „Anti-imperialistischer und antimonopolistischer Kampf sind die entscheidende Form des antikapitalistischen Kampfes auch im hochentwickelten imperialistischen Deutschland“.

*Pablo Graubner* setzt sich in zwei zusammenhängenden Beiträgen kritisch mit der Verkürzung des Klassenkampfbegriffs in der allgemeinen Diskussion auseinander, um im Ergebnis das Verhältnis der Kommunisten zur Nation zu reparieren.

*Jürgen Lloyd* unternimmt den inspirierenden Versuch, in der gegenwärtigen Debatte die Grundlagen antimonopolistischer Strategie gegen ein falsches Verständnis sowohl ihrer Befürworter als auch ihrer Kritiker zu verteidigen. Er insistiert mit Lenin zunächst darauf, dass die Kommunistinnen und Kommunisten bestrebt sein müssen, die historisch-konkreten Formen der Auseinandersetzung um Klasseninteressen zu erkennen, um dem Anspruch zu genügen, das eigene gesellschaftliche Handeln mit Bewusstsein und planvoll vollziehen zu können. Dazu gehört die Fähigkeit, nicht nur das sozialistische Ziel zu formulieren, sondern ebenso die Fähigkeit, die jeweils historisch-konkrete Form kapitalistischer Klassenherrschaft zu erfassen. *Lloyd* konstatiert hierbei die Notwendigkeit, die Klassenherrschaft im Monopolkapitalismus als umfassendes Herrschaftsverhältnis zu begreifen. Seine Kernthese

ist, dass eine revolutionäre Strategie, die sich von dialektisch-materialistischer Weltanschauung leiten lässt, den historischen Fortschritt im Kampf der Widersprüche des bestehenden Systems sucht. Bei einer Strategie, die den Widersprüchen lediglich ihre Spitzen nimmt, sieht er dagegen die Gefahr von opportunistischen Fehlern.

Die Kritiker der antimonopolistischen Strategie lassen wir exemplarisch im Rahmen einer Dokumentation authentisch zu Wort kommen. Wir dokumentieren hier je eine Stellungnahme der *DKP Gießen* und von *Heiko Humburg*, der erläutert, warum die antimonopolistische Strategie seiner Ansicht nach in den Sumpf führt.

Im Debattenteil dieser Ausgabe schließlich bringen wir anlässlich des 100. Jahrestages der Oktoberrevolution Passagen aus einem Text des T&P-Mitbegründers *Hans Heinz Holz*, in denen er die historische Bedeutung der Oktoberrevolution aufzeigt. Für einen Marxisten angemessen besteht diese historische Bedeutung für Holz in ihrer Kraft, die Zukunft der Menschheit zu beleuchten. Der abschließende Beitrag von *Richard Corell* hingegen geht zum sozialistischen Charakter der VR China und führt so mit einiger Verzögerung eine Debatte fort, die wir in T&P vor geraumer Zeit begonnen, aber in letzter Zeit nicht mit dem nötigen Gewicht weiterverfolgt haben.

*Am 15. Oktober 2017 ist unser Mitstreiter und langjähriger Setzer der T&P, Uwe Ristenpart, auch Quasi genannt, infolge einer Krebserkrankung in Hannover gestorben. Er wurde 63 Jahre alt. Nachfolgend bringen wir die leicht gekürzte Traueransprache von Johannes Magel.*

## UWE RISTENPART

Uwe wuchs gemeinsam mit seinen Geschwistern Elke und Heiko in Hannover Herrenhausen auf. Seine Mutter sorgte dafür, dass es der Familie gut ging und zuhause alles rund lief. Sein Vater war Beamter im Stellwerksbetrieb bei der Bahn. Die politische Einstellung des Vaters war eher liberal als links, aber als Heranwachsender erlebte Uwe in seinem Elternhaus ein offenes Klima, wo über politische Fragen am Tisch gestritten wurde.

Nach dem Abschluss an der Hauptschule in Hannover-Herrenhausen begann Uwe, wie bereits zuvor sein Bruder Heiko, 1972 eine Lehre als Schriftsetzer bei der Druckerei Gebrüder Jänecke in Hannover. Er beendete die Lehre und durfte sich danach mit Fug und Recht Jünger der schwarzen Kunst nennen. Er blieb sein gesamtes Arbeitsleben lang diesem Beruf treu. Er meisterte den rasanten Modernisierungsprozess in diesem Arbeitsfeld und damit den Weg vom Bleisatz per Hand bis zum Bildschirmarbeitsplatz.

Beginnend 1976 arbeitete Uwe lange Zeit beim Druck- und Verlagshaus Grütter in Empelde. Nach der Pleite von Grütter dann bis zur Rente bei der Schlüterschen Verlagsgesellschaft. Im graphischen Gewerbe herrschte traditionell ein hoher gewerkschaftlicher Organisationsgrad. So war es für Uwe eine völlige Selbstverständlichkeit zu Beginn seiner Ausbildung in die IG Druck und Papier einzutreten. Er war während seiner gesamten Berufstätigkeit aktiver Gewerkschafter, zunächst bei der IG Druck, dann bei ver.di. Ihm war bewusst, dass die Beschäftigten ihre Interessen gegen die Macht der Unternehmer nur durchsetzen können, wenn sie sich organisieren und kämpfen.

Im Betrieb fiel Quasi den Genossen der DKP als wacher Kopf auf. Er war nicht auf den Mund gefallen, vertrat seine Ansichten offen und war nicht ängstlich. So einen wollte man für die Partei gewinnen. Die 70er Jahre waren in Westdeutschland eine Zeit, in der die bewussteren Teile der Jugend kritisch

waren und nach Orientierung suchten. Der Kapitalismus war nicht länger ohne Alternative und es schien möglich, dieses barbarische Gesellschaftssystem auf den Müllhaufen der Geschichte zu befördern. Dazu beizutragen, die Welt zu verstehen und zu verändern, diese Gedanken lagen in der Luft. So wurde Quasi Mitglied der DKP.

In der Druckergruppe fand er Gleichgesinnte, aber auch Genossinnen und Genossen, die das Leben kannten und liebten. Politische Köpfe, aber auch ver-



lässliche und gesellige Menschen. In der Druckergruppe spuckte man nicht rein, wie man so sagt. Da war unser Genosse Quasi genau richtig. Er beteiligte sich aktiv an der Redaktionsarbeit der Kleinzzeitung Rotdruck, aber auch an der technischen Erstellung des Blattes. Er hatte seinen Anteil daran, dass die DKP in Hannover einen guten Namen in der IG Druck hatte, auf die bei Arbeitskämpfen immer Verlass war.

Das desaströse Jahr 1989: Die Sowjetunion zerfiel; die DDR verschwand von der Landkarte: ein historischer Rückschlag. Der Hohn der vermeintlichen Sieger der Geschichte kannte keine Grenzen. Jede und jeder, der zur Linken in diesem Lande gehörte, musste sich fragen, was von unseren politischen Grundauffassungen Bestand behielt. Uwe Ristenpart gehörte zu denen, die den Kräften der Ausbeutung, der Unterdrückung und

des Krieges ihren Sieg nicht gönnten. Er blieb dabei.

Der Salvador Allende Club in der Fössestraße 47 in Hannover war seiner Entstehung nach eine Einrichtung der SDAJ. In den Jahren unmittelbar nach 1989 entstand die Idee, den Salvador Allende Club auch unter den neuen, raueren Umständen als politisches und kulturelles Zentrum aufrecht zu erhalten. Der Gang der Dinge hatte es mit sich gebracht, dass Uwe Ristenpart mietrechtlich das volle Haftungsrisiko für die monatlichen Mietzahlungen für alle Gebäude auf dem Grundstück Fössestraße 47 trug. Das war deutlich mehr als er im Monat verdiente. Uwe war bereit, dieses Risiko einzugehen, und auf das Wort seiner Genossen zu vertrauen, ihn nicht im Regen stehen zu lassen. Diesen Mut hätten viele andere in dieser Situation nicht gehabt. Er hat dadurch die Basis dafür gelegt, dass der Salvador Allende Club für einige Jahre als wichtiger Anlaufpunkt der Linken in Hannover weiterbestehen konnte.

Persönlich habe ich Uwe Ristenpart erst in dieser Zeit näher kennengelernt. Ich denke, man tut ihm nicht Unrecht, wenn man sagt, dass er schon ein Kauz war: Diese spezifische Mischung aus weltoffener Nachdenklichkeit und Sturheit, aus Freundlichkeit im Umgang mit Menschen, die er mochte, aber auch verbunden mit Zügen von persönlicher Schroffheit. Wer ihm auf die Nerven ging, den konnte er kühl abfahren lassen.

Uwe Ristenpart habe ich als verlässlichen Mitstreiter kennengelernt. Er teilte die Zielstellung der Streitschrift Theorie & Praxis, die sich zum Ziel gesetzt hat, dazu beizutragen, dass in diesem imperialistischen Deutschland eine leninistische Partei bestehen bleibt, die auf der Höhe der Zeit ist und an neuer Kraft gewinnt. Als Redakteur dieses Blattes habe ich schätzen gelernt, mit Uwe jemanden an meiner Seite zu wissen, der zuverlässig, geduldig und professionell den Satz des Blattes besorgte. Mehr als vierzig Ausgaben hat er druckreif geliefert.

„Zur Auswertung der Bundestagswahl und des Wahlkampfes“ hielt Männe Größ, Mitglied des Sekretariats des Parteivorstands der DKP, auf der PV-Tagung im November ein Referat, das im ersten Teil den Bewusstseinsstand der Arbeiterklasse „im Spiegel der Bundestagswahl“ und im zweiten Teil den Wahlkampf der DKP auswertete. Wir dokumentieren im folgenden auszugsweise und in gekürzter Form Thesen aus dem ersten Teil des Referats. Titel und Zwischenüberschriften stammen von der Redaktion. Das ganze Referat ist in den DKP-Informationen 5/2017 enthalten und dort nachzulesen.

# ANMERKUNGEN ZUR BUNDESTAGSWAHL 2017

1. Der Widerspruch zwischen der Propaganda der Großen Koalition und der sozialen Lage breiter Teile der Arbeiterklasse klappte bei der BTW 2017 unüberbrückbar auseinander.

Der zentrale Wahlslogan der CDU „Für ein Deutschland, in dem wir gut und gerne leben“ wirkte auf große Teile der Arbeiterklasse völlig zu Recht wie blanker Hohn. Und dieser Wahlslogan reihte sich ein in eine Politik der Großen Koalition, die sich mit sozialen Maßnahmen schmückte, die im Kern aber eine fortschreitende Verelendung breiter Teile der Arbeiterklasse nicht aufhielt. [...]

Dass die Propaganda der Großen Koalition nicht mehr die Mehrheit der Arbeiterklasse erreicht, ist in diesem Sinne Ausdruck eines objektiven Widerspruchs: Einerseits die Notwendigkeit der beiden Volksparteien, eine Massenbasis für die Interessen der Monopolbourgeoisie zu sichern; andererseits die Notwendigkeit, alle gesellschaftlichen Bereiche vor allem entlang der Interessen der international agierenden deutschen Monopole auszurichten und damit die Ausbeutungsbedingungen zu verschärfen und ihren Expansionsdrang auf Kosten der Arbeiterklasse und breiter antimonopolistischer Volksschichten voranzutreiben.

2. Der Angriff der vor allem international ausgerichteten deutschen Monopolbourgeoisie auf die soziale Lage der deutschen Arbeiterklasse drückt sich nicht automatisch in einer Bereitschaft zur Gegenwehr in sozialen Kämpfen aus. [...]

## Flüchtlingspolitik als Form des Klassenkampfes

3. Die Zustimmung der AfD unter Erwerbslosen und Arbeitern ist nicht Ausdruck einer gestiegenen rassistischen Grundstimmung in der Arbeiterklasse.

Ohne Zweifel nutzte die AfD die steigenden Flüchtlingszahlen 2015/2016 aus, um auf einem rassistischen Ticket die Freifahrt in den Bundestag einzulösen. Doch dieses Ausnutzen fußt auf einer Flüchtlings- und Außenpolitik, die nicht klassenneutral war, sondern unter dem

Vorzeichen stand, sie im Sinne der imperialistischen Gesamtinteressen der deutschen Monopolbourgeoisie durchzusetzen. Zu diesen Gesamtinteressen zählte:

- Eine wesentliche Ursache für den Anstieg der Flüchtlingszahlen in Deutschland 2015/2016 waren die von den NATO-Staaten und ihren Verbündeten angezettelten Kriege. Obwohl klar war, dass diese Kriege Fluchtbewegungen nach Europa nach sich ziehen werden, griff der deutsche Imperialismus selbst politisch und militärisch in die NATO-Aggressionen im Nahen Osten ein, um bei der Neuaufteilung nicht leer auszugehen.

- Insbesondere die Abwerbung von Fachkräften war ein Ziel, Syrien – neben der militärischen Aggression durch NATO-gelenkte Söldner – ökonomisch in die Knie zu zwingen. Damit korrespondierte auch, dass die deutsche Bundesregierung ausgerechnet mit Einsetzen größerer Fluchtbewegungen im Nahen Osten die Gelder für UNO-Flüchtlingswerke in der Region kürzte. In der EU wurde die steigende Zahl der Flüchtlinge genutzt, um in die Souveränitätsrechte anderer Staaten – z.B. Griechenland – einzugreifen.

- Innenpolitisch war Merkels „Wir-schaffen-das“ ein Instrument, um der deutschen Monopolbourgeoisie eine im Prinzip wehrlose, isolierte und manipulierbare Manövriermasse im Klassenkampf in die Hand zur Verfügung zu stellen, deren Integrationskosten bzw. Kosten durch fehlende Integration vor allem auf die Arbeiterklasse abgewälzt werden. An dieser Stelle sei nur auf den aktuellen Bericht der Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe hingewiesen: In ihm wird festgestellt, dass von den 860.000 Menschen ohne Wohnung in Deutschland, 440.000 Geflüchtete sind. Die Zuwanderung hat in diesem Punkt also tatsächlich die Wohnungssituation verschärft, wengleich die Geflüchteten dafür nicht die Verantwortung tragen.

In diesem Sinne war die gesamte Flüchtlingspolitik von Beginn an vor allem eines: eine Form des Klassenkampfes von oben. Dies haben auch große Teile der Klasse – wenn nicht durchdacht

– so doch empfunden. Die einzige politische Artikulation gegen diese imperialistische „Wir-schaffen-das“-Politik bot vermeintlich die AfD an. Ihr ansonsten lupenreines neoliberales Programm spielte dabei gar keine Rolle mehr. Wie widersprüchlich dabei das Wahlverhalten ausfiel, zeigt eine Umfrage unter AfD-Wählern am Wahlabend von Infratest dimap: Demnach gaben fast zwei Drittel der AfD-Wähler an, die AfD „aus Enttäuschung über andere Parteien“ gewählt zu haben. Über die Hälfte der AfD-Wähler stimmten der Einschätzung zu, dass die AfD sich „nicht genug von rechtsextremen Positionen“ distanzieren. Diese Antwort drückt also aus, dass die Mehrheit der AfD-Wähler mit den „rechtsextremen Positionen“ der Partei eigentlich nicht einverstanden ist.

## Entfremdung von der Klasse

4. Die Partei DIE LINKE und die gesellschaftliche Linke betrachten die Arbeiterklasse nicht als Hauptadressaten ihrer Politik – insbesondere auf dem Gebiet der DDR.

Bei der Erläuterung dieser These beginne ich mal mit einer autobiografischen Beobachtung: In meiner Jugend als SDA-Jler Anfang der 90er Jahre war es völlig normal, Bundeskanzler Helmut Kohl jeden öffentlichen Auftritt zu versauen. Das machte vor allem deshalb so einen Spaß, weil die Bevölkerung im Prinzip immer auf unserer Seite war. Wenn es gegen „Birne“ ging, waren wir uns alle einig. Zurück ins Jahr 2017: Kein Merkel-Wahlauftritt findet ohne Proteste statt. Ohne Zweifel waren bei diesen Protesten Transparente und Plakate von AfD und NPD zu sehen. Es gab aber auch Schilder, die zum Generalstreik aufriefen oder direkte Demokratie einforderten. Nicht zu sehen waren hingegen Fahnen und Transparente der Partei DIE LINKE – auch nicht der DKP. Warum eigentlich nicht? Weil Faschisten da waren? Warum wurden sie nicht zurückgedrängt? Warum wurde ihnen das Vorrecht eingeräumt, gegen eine Kanzlerin der Monopole zu demonstrieren?

Ich glaube an dieser Beobachtung im Wahlkampf wird einiges deutlich, was ich als eine Tendenz in bestimmten linken Kreise wahrnehme: Akzeptiert wird nur eine Arbeiterklasse, wie man sie sich wünscht. Die Linke redet nicht wie Gabriel von „dem Pack“, aber so richtig geheuer ist dem urbanen Salonlinken dann diese Arbeiterklasse doch nicht. Zu beobachten ist insbesondere in den letzten Jahren, dass die gesellschaftliche Linke sich nicht nur politisch sondern auch kulturell immer mehr von der Arbeiterklasse entfremdet und mitunter massenfeindliche, elitäre Ideologien immer mehr Zuspruch unter Linken erfahren, wenn auch in subtiler Form. Ich bin ein wenig stolz, Mitglied einer Partei zu sein, in der solche massenfeindlichen Allüren nie akzeptiert wurden. Aber wenn wir ganz ehrlich sind, müssen wir uns auch eingestehen, dass diese Tendenz in der Linken unsere Partei nicht völlig unberührt lässt.

Doch es waren beim Wahlkampf nicht einfach nur kulturelle Dissonanzen, die dazu führten, dass große Teile der wählenden Arbeiterklasse nicht der Partei DIE LINKE ihre Stimme gaben. Es gibt dafür auch handfeste politische Fehlorientierungen bei der Partei DIE LINKE.

## Ökonomistische Verkürzung des Klassenkampfes

Zu verdeutlichen ist dies an einem Positionspapier des LINKEN-Vorsitzenden Bernd Riexinger im Wahlkampf mit dem eingängigen Titel „For the many, not the few: Gute Arbeit für Alle!“ In diesem Positionspapier dreht es sich um die Forderung nach einem ‚neuen Normalarbeitsverhältnis‘. Riexinger stellt dazu fest, dass die offiziell gesunkene Erwerbslosenrate im Wesentlichen durch die Ausweitung der prekären Arbeit erzielt wurde. Das ist keineswegs falsch – und falsch sind auch nicht die Forderungen, die in dem Papier erhoben wurden, wie die Arbeitszeitverkürzung oder die Anhebung des Mindestlohns auf 12 € uvm. Das alles liest sich wie ein Schlaraffenland für Arbeiter und Angestellte und macht sich dementsprechend gut im Wahlkampf. Das Problem an dem Positionspapier ist, dass es die Interessen der Arbeiterklasse auf ihre nächstliegenden sozialen Interessen reduziert. Das stimmt aber mit der tatsächlichen Widerspruchsverarbeitung in der Klasse nicht überein, wie die Bundestagswahlen zeigen. Das hat m.E. vielschichtige Gründe:

Wie erwähnt wird das politische In-

teresse der Menschen seit 2014/15 dominiert durch das Thema Fluchtbewegungen nach Europa und Deutschland. Anstatt aber die Empörung über Merkels imperialistische Außenpolitik anzugreifen, vermied es Riexinger in seinem Positionspapier und die LINKE in ihrem Wahlkampf tunlichst, das Thema Flucht und Merkels Flüchtlingspolitik entsprechend anzugehen. Diese Lücke überließ die LINKE stattdessen der AfD, der so allein auf die Arbeiterklasse losgelassen und durch die Medien gefördert im Prinzip alles nachgesehen wurde durch ihre Wähler – selbst, dass die AfD sich mit ihrem Bekenntnis zu NATO im Programm zum Fluchtverursacher Nr. 1 auf der Welt bekennt. Es gilt festzuhalten: „Gescheitert sind im Bundestagswahlkampf (...) Strategien, die darauf zielten, dem Thema Flüchtlinge und Integration durch andere (soziale) Themen (...) die wahlentscheidende Bedeutung zu nehmen.“ – so schrieb es die Rosa-Luxemburg-Stiftung in einer ersten Wahlanalyse ihrer eigenen Partei ins Stammbuch.

Bei der Partei DIE LINKE kommt ihre regionale Verankerung auf dem Gebiet der DDR hinzu. Gleichwohl die Kreise im Osten immer kleiner werden, die die DDR selbst bewusst miterlebt haben, darf die identitätsstiftende Rolle der DDR im Bewusstsein der ostdeutschen Menschen nicht unterschätzt werden, die auch in jüngeren Generationen fortbesteht. Das wird verstärkt und reproduziert durch die Tatsache, dass Westdeutsche nach wie vor zentrale Wirtschaftspositionen und Stellen im Öffentlichen Dienst dominieren, was – nicht zu Unrecht – von den Menschen im Osten als (westdeutscher) Kolonialismus empfunden wird – zusammen mit der organisierten Deindustrialisierung nach der Konterrevolution und der damit einhergehenden Einführung eines Billiglohn-Reservats „Ost“. Dazu zählen nicht zuletzt auch die ideologischen Angriffe gegen die DDR: von den Strafreiten bis zur Verteufelung der DDR-Kindergärten. Die Menschen empfinden diese Angriffe dabei nicht unbedingt als Angriffe gegen „den Sozialismus“, sondern in erster Linie als Angriff gegen ihre Heimat. Und in diesem Sinne haben die Menschen in Ostdeutschland auch Null-Toleranz für den Kniefall von Teilen der Partei DIE LINKE vor dem staatlich verordneten Antikommunismus. Dieser äußerte sich beispielsweise im Wahlkampf darin, dass die Bundestagsabgeordnete Halina Wawrzyniak der SED attestiert, eine rechte Partei gewe-

sen zu sein, weil sie sich u.a. auf die Nation bezog. Und natürlich taucht die Rolle der DDR und die spezifische Situation der Ostdeutschen heute in Riexingers Positionspapier mit keiner Silbe auf. Das zeigt aber: Die Führung der Partei DIE LINKE pflegt theoretisch ein ökonomistisches Verständnis von Klassenkämpfen. Für sie gibt es den Klassenkampf nur im ökonomischen Klassenkampf um Löhne, Arbeitszeit etc. Vom politischen Klassenkampf will ihre Führung nichts wissen. Für diese theoretische Uneinsichtigkeit bekam sie ganz praktisch in Ostdeutschland bei den BTW die Quittung. Kein Grund zur Freude, aber eine Tatsache.

Wie verengt die Sicht in Riexingers Positionspapier ist, zeigt auch die Tatsache, dass das Thema Frieden einfach nicht erwähnt wird, obwohl dieses Thema, wie die Langzeitumfragen der Forschungsgruppe Wahlen zeigt, von größerer gesellschaftlicher Relevanz ist nach 2010 als das Thema „Arbeitslosigkeit“. Und dass auch, obwohl gerade in Ostdeutschland Mehrheiten, nicht nur allgemein gegen Krieg sind, sondern dies überdurchschnittlich mit einer Abneigung gegenüber der NATO und der Aggressionspolitik gegen Russland verbinden. Alle Umfragen zeigen hier dieselbe Tendenz. Auch hier erliegt der „Nur-Gewerkschafter“ Riexinger wieder seiner eigenen verengten Sicht, was Klassenkämpfe sind. So wird aber ersichtlich, warum die LINKE ihre Bindekraft im Osten verliert – auch und vor allem in der Arbeiterklasse.

Zuletzt: Wie glaubwürdig sind die sozialen Forderungen der Partei DIE LINKE, wenn wir uns ihre Regierungspolitik allein in Berlin vor Augen führen? Von der größten Privatisierung des öffentlichen Wohnungsbestands in der Geschichte Berlins, über die Agitation gegen (!) das Volksbegehren zur Offenlegung der Verträge bei der Privatisierung der Berliner Wasserbetriebe bis zur jetzt angestrebten Privatisierung von Schulgebäuden durch den R2G-Senat: Kontinuierlich gestaltet die Partei DIE LINKE den Sozialabbau in Regierungsverantwortung mit. Das macht die Wahl der Partei schon für die Mitglieder zu einer Qual – dass diese Mitglieder im Familien- und Bekanntenkreis für ihre Partei offensiv werben, darf bezweifelt werden.

# MACRONS GROSSMACHTPLAN

*In seiner Rede an der Pariser Universität Sorbonne vom 26. September, zwei Tage nach der Bundestagswahl, hat der französische Staatspräsident Emmanuel Macron dem deutschen Imperialismus nichts weniger als die gemeinsame Herrschaft über Europa und den Aufstieg zur Weltmacht als Militärblock vorgeschlagen. Ist das nur heiße Luft oder steckt ein reales Programm dahinter?*

## Sechs Schlüssel der Souveränität Europas

Unter der Überschrift „Initiative für Europa“ ruft Macron im Gewand einer „großen historischen Rede“ zu einer „Neubegründung eines souveränen, geeinten und demokratischen Europa“ auf – wohlgermerkt nicht der EU. Seine Begründung: „Allein Europa kann tatsächliche Souveränität gewährleisten, das heißt, die Fähigkeit, in der heutigen Welt zu bestehen, um unsere Werte und unsere Interessen zu verteidigen“ [1]. Es gälte „darüber nachdenken, wie wir Europa stärker machen in der Welt, wie sie ist, und wie wir die sechs Schlüssel der Souveränität gestalten können“.

Zur „Welt, wie sie ist“ gehört für Macron in erster Linie, dass China aufsteigt und die USA absteigen. Zur Behandlung der Länder zwischen den beiden Weltmächten – soweit nicht in Europa – greift er auf den Begriff des „Terrorismus“ zurück, mit dem Europa fertig werden müsse. Vor diesem Hintergrund behandelt er die folgenden sechs „Schlüssel der Souveränität“, die „wir“ – und damit meint Macron vor allem Deutschland und Frankreich – gestalten müssten:

1. Militär: Europa müsse „selbständig handlungsfähig“ sein. Dazu braucht es einen Raum für „Cybersicherheit und Recht“ – NSA lässt grüßen. Mit der EU-Pesco-Gruppe [2] sei der Anfang gemacht. Es müsse aber noch viel mehr investiert werden und das bald. Vor allem fehle eine „gemeinsame strategische Kultur“. Und: „Zu Beginn des kommenden Jahrzehnts sollte Europa dann über eine gemeinsame Einsatztruppe, einen gemeinsamen Verteidigungshaushalt und eine gemeinsame Handlungsdoktrin verfügen.“ Weiter will er eine „Europäische Akademie für nachrichtendienst-

liche Tätigkeit“ – d.h. die Herrschaft der angelsächsischen Geheimdienste, die sich in der NSA-Affäre auch im digitalen Raum gezeigt hatte, soll beendet werden. Für „Bedrohungen“ innerhalb der EU soll schließlich eine Europäische Zivilschutztruppe geschaffen werden, die nach §222 des Lissabon-Vertrags in EU-Ländern eingreifen kann, z.B. bei „Terrorgefahr“.

2. Unter dem Titel „Migration“ schlägt Macron eine Politik der Europa-Hegemo-



nie im Nahen und Mittleren Osten und in Afrika vor, mit Schwerpunkt Mittelmeerraum. Für eine Rückführungspolitik nach deutschem Vorbild will er nicht nur eine „Europäische Asylbehörde“ und eine „europäische Grenzpolizei“, sondern auch ein großes Bildungs- und Integrationsprogramm. Um aber die Migrationsströme zum Versiegen zu bringen müsse die europäische Außenpolitik sich auf Afrika konzentrieren.

3. Daher müsse die begonnene „Partnerschaft mit Afrika [...] ein umfassendes Projekt“ werden. Als Beispiele für gemeinsame Aktionen nennt er Libyen und die Sahelzone (Mali!). Dabei schlägt er auch eine „Finanztransaktionssteuer“ vor, um mehr Geld in die „Entwicklungshilfe“ für Afrika und den technologischen Wandel [3] investieren zu können und betont dabei: „Ergreift Europa diese Chance nicht, so werden andere es tun“.

4. Unter dem Titel „Ökologie“ bündelt Macron ein Programm der staatsmonopolistischen industriellen Erneuerung im Energie- und Agrarbereich, die aber sozi-

al abgedeckt werden müsse.

5. Im Zentrum der industriellen Erneuerung steht die Digitalisierung – „das fünfte Schlüsselement unserer Souveränität.“ Nach 1945 habe Europa zu den USA aufgeholt, das müsse jetzt wieder gelingen: „Lassen Sie uns in den kommenden zwei Jahren eine Europäische Agentur für radikal neuartige Innovationen gründen, so wie es die USA mit der DARPA bei der Eroberung des Weltalls getan haben.“ [4] Macron verweist darauf, dass im Bereich der Digitalisierung nur das Recht des Stärkeren gilt. Und: „Im Zentrum unserer Souveränität stehen hierbei die großen digitalen Plattformen und der Datenschutz.“

6. Eurozone: „Eine nachhaltige Wirtschaftsmacht kann nur mit Hilfe einer gemeinsamen Währung entstehen.“ Und: „Unsere Herausforderung inmitten der Eurozone besteht darin, herauszufinden, wie wir es schaffen, aus dieser Zone eine Wirtschaftsmacht zu machen, die mit China und den USA konkurrieren kann.“ Die Euro-Krise sei kein Argument gegen die Euro-Zone, denn: „Alleine die Eurozone mit einer starken und internationalen Währung kann Europa den Rahmen einer Weltwirtschaftsmacht bieten.“ Die Widerstandsfähigkeit gegen Krisen soll gesteigert werden.

Hindernisse bei der Gestaltung dieser sechs Punkte seien auszuräumen durch eine Vereinheitlichung der Finanz- und Sozialpolitik – ausdrücklich ist dabei der Mindestlohn genannt –, zuerst zwischen Deutschland und Frankreich, denen sich dann andere Willige anschließen könnten. Bis 2020 sollen gemeinsame Steuersätze und „Kriterien für eine Sozialkonvergenz“ festgelegt werden. Macron nennt, was bisher Schäuble vorbehalten war, die Alternative zu seinen Vorschlägen: Krieg in Europa.

Zwei Tage nach der Bundestagswahl erinnert Macron Merkel damit an ihre und seine Konkurrenz von rechts: Entweder jetzt Europa-Nationalismus oder der alte Nationalismus gewinnt, mit dem weder Deutschland noch Frankreich aus der Rolle des Junior-Partners der USA herauskommen. Bis 2024 soll das Wirt-

schaftsrecht vereinheitlicht werden, das könne zum 55. Jahrestag des Elysée-Vertrags im Januar 2018 beschlossen werden. Schließlich soll sich um die BRD und Frankreich eine Kerngruppe zur Erneuerung der EU bilden.

## Wie ernst sind die Vorschläge Macrons zu nehmen?

Zunächst ist festzuhalten, dass er die strategischen Probleme der Finanzoligarchien beider Länder anspricht: Beide kommen – sollte diese Strategiealternative einmal erforderlich werden – ohne den anderen nicht aus der Unterordnung unter die USA heraus. Der deutsche Imperialismus ist spätestens seit den 70er Jahren der wirtschaftlich stärkste in Europa, und seit der Eurokrise 2010 auch politisch dominant. Er weiß aus der Erfahrung zweier Anläufe zur Weltmacht, dass es militärisch ohne Frankreich nicht geht. Die militärische Ebenbürtigkeit zu den USA kann aber nur im Einvernehmen mit Frankreich erreicht werden, wenn man nicht wieder auf das Glücksspiel der schnellen militärischen Unterwerfung Frankreichs setzen will, das schon zwei Mal zur völligen Niederlage geführt hat.

Frankreich ist aus der deutschen ökonomischen Dominanz auch mit dem Euro nicht herausgekommen. Die gemeinsame Währung sollte mal verhindern, dass die BRD-Wirtschaft im Zuge der Einverleibung der DDR Wettbewerbsnachteile auf dem Weltmarkt durch eine Abwertung ausgleicht. Das hat die Schröder-Regierung aber durch die Agenda 2010 unterlaufen, mit der die Lohnstückkosten in der BRD stagnierten, während sie in Frankreich stiegen. Seither versuchen die französischen Regierungen, erst unter Sarkozy, dann unter Hollande mit einer Agenda-ähnlichen Politik nachzuziehen, konnten diese aber nicht gegen die französische Arbeiterklasse durchsetzen.

Macrons Vorschläge kommen nun zu einer Zeit, in der die Leitindustrie der BRD, die Autoindustrie, in einer Schwächephase ist, nicht nur durch die Dieselkrise. An den Autoherstellern und –zulieferern hängt wiederum ein guter Teil des Maschinenbaus und der Chemieindustrie. Alle müssen in den nächsten Jahren die Produktion auf internetbasierte Abläufe umstellen – kurz: das Digitalthema bewältigen. Auf diesem Feld scheint sich eine starke Arbeitsteilung zwischen Frankreich und Deutschland herausgebildet zu haben, die nicht unbedingt zum Nachteil der Franzosen ausschlägt. Siemens z.B. hat französische Unternehmen

aus dem Maschinenbaubereich übernommen, seinerseits aber den Unternehmensbereich IT-Dienstleistung SIS an den französischen IT-Dienstleister Atos abgegeben, der damit zu den Weltmarktführern aufschloss. Macron hat damals im Dienst der führenden französischen Geschäftsbank für Fusionen, Rothschild, die SIS-Atos Fusion organisiert. Macron ist auch, aber nicht nur durch seine Tätigkeit bei Rothschild eng mit der französischen Finanzelite vernetzt. In seine erste politische Tätigkeit als Referent der Attali-Wirtschaftskommission kam er über das Institut Moutaigne, einen Think Tank, der vom Versicherungskonzern Axa gesponsert wird.

Es ist denkbar, dass der modernere Teil der französischen Finanzoligarchie die Zeit für einen Befreiungsschlag gekommen sieht. Was hätte sie von Macrons Initiative? Warum sollte sie dem Drängen der deutschen Eliten nach einer Euroarmee nachgeben?

Dem gemeinsamen Interesse, den USA und China ebenbürtig gegenüberzutreten stand bisher die ökonomische Dominanz Deutschlands entgegen. Um aus der heraus zu kommen will Macron mit seinem Vorschlag zwei Ziele gleichzeitig erreichen: Zum einen soll mit der Anpassung der Sozialsysteme der deutsche Agenda-Lohnstückkostenvorteil ausgeglichen werden. D.h. die französischen Sozialsysteme auf deutsches Niveau herunterfahren und Deutschland zu einem Mindestlohn auf französischem Niveau zwingen. Der französischen Bevölkerung, die mehrheitlich mit dem Widerstand der Gewerkschafter gegen den Sozialabbau sympathisiert, soll das verkauft werden unter der Fahne des „Friedens- und Fortschrittsprojekts Europa“. Mit der euro-nationalistischen Demagogie der „Souveränität“ sollen die historisch fundierten Bedenken gegen eine Unterordnung unter Deutschland verdrängt werden. Zum anderen soll mit der Vereinheitlichung des Wirtschaftsrechts garantiert werden, dass Deutschland nicht wieder mit einem Agenda-Trick davonzieht.

## Grundlage des „Friedensprojekt Europa“: Die cyber-militärische Infrastruktur

Zusammengenommen bedeutet die Initiative Macrons: Die deutsch-französische Militärzusammenarbeit, die bisher nur mit Hindernissen funktionierte, soll in Bewegung kommen. Dabei werden mit der Kräfteverschiebung im Finanzkapital beider Seiten, die durch den aktuellen

Schub in der Entwicklung der Produktivkräfte ansteht, die Karten neu gemischt. Auch in diese Richtung zielt Macron mit dem Vorschlag einer starken Cyber-Rüstungs-Agentur nach Vorbild der DARPA. Die massive staatsmonopolistische Investition in eine von den USA unabhängige IT-Infrastruktur könnte den Euro-Raum stabilisieren im Fall der anstehenden zyklischen Krise, die angesichts der langanhaltenden Depression noch tiefer als vor 10 Jahren gehen dürfte.

Macrons Vorschlag ist dabei offensichtlich mit der französischen Finanzoligarchie abgesprochen. Auch die deutsche Finanzelite und ihre Sprachrohre in der Politik waren alles andere als überrascht und zum Dialog bereit. Mit Macrons Finanzminister Bruno LeMaire kam Anfang November zum ersten Mal ein französischer Minister zu den Sondierungsgesprächen nach Berlin und berichtete breit im Handelsblatt vom 10.11. mit wem er gesprochen hatte: Mit Altmaier natürlich, aber auch mit Spahn, Lindner, Özdemir und „dem deutschen Unternehmensverband“. Der französische Direktor der EU-Zentralbank EZB Coeuré sagte, ebenfalls im HB-Großinterview (22.11.), dass ein gemeinsamer EU-Haushalt nötig sei, z.B. zur Finanzierung der „Verteidigung“.

Die Reaktionen des deutschen Polit-Personals waren geteilt, aber deutlich: SPD-Gabriel, nah am Gral der Standort-Sozialpartnerschaft in Wolfsburg, singt das Lied der europäischen Strategie in höchsten Macron-Tönen. Vom anhaltenden Widerstand gegen das 2% Rüstungsziel war nichts zu hören. Der CDU-Wirtschaftsrat formuliert die Bedenken: Wer soll das bezahlen? Das Handelsblatt, stets um ein kapitalgewichtetes Gleichgewicht in der Bourgeoisie besorgt, leitartikelte am 6.12. zu den Aufgaben der künftigen Großen Koalition: Deutschland müsse sich aus der „Selbstlähmung befreien, bevor sich das durch Macron aufgestoßene Reformfenster wieder schließt.“

Dass Macrons Großmachtplan keine heiße Luft ist, wird sich spätestens auf der Münchner Sicherheitskonferenz im Februar zeigen, die bisher von den USA dominiert war. 2018 ist sie auf die EU-Armee und „Cybersicherheit“ ausgerichtet. Siko-Chef Ischinger dazu: „Wir sind fast 500 Millionen Europäer und in Bezug auf den Schutz und die diplomatischen Initiativen, die für unsere Sicherheit unabdingbar sind, nach wie vor weitgehend abhängig von 330 Millionen Amerikanern. Das ist untragbar“[5]. Die Siko ist

die wohl wichtigste Bühne des deutschen Imperialismus, um Anspruch auf seine Weltmachtrolle nach innen und außen zu erheben. Hier wurde das Schlagwort von der „deutschen Verantwortung“ lanciert. Mit dem Macron-Schlagwort der „europäischen Souveränität“, auf das Ischinger hinauswill, könnte die Rivalität zu den USA auf eine neue Stufe gehoben werden.

#### Quellen und Anmerkungen:

[1] Macrons Rede ist in Langform und als Zusammenfassung in Original und autorisierter Übersetzung auf der Website der französischen Botschaft abrufbar: [www.ambafrance-de](http://www.ambafrance-de).

org. Die im Beitrag zitierten Aussagen sind der Übersetzung der Langform entnommen.

[2] PESCO (Permanent Structured Cooperation) bezeichnet die Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten der EU, die sich in der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) besonders engagieren wollen. Dies kann z.B. eine Synchronisierung der nationalen Streitkräftestrukturen oder die Durchführung gemeinsamer Rüstungsprojekte bedeuten, um langfristig die Gründung einer EU-Armee vorzubereiten. Am 13. November 2017 haben die Außen- und Verteidigungsminister von 23 der 28 EU-Staaten dem Europäischen Rat, dem Leitungsgremium der EU,

mitgeteilt, in der „Verteidigung“ künftig gemeinsame Wege zu gehen.

[3] Zur Bedeutung der Rohstoffe Afrikas für die Digitalwirtschaft vgl. Jörg Goldberg in der „jungen Welt“ vom 9./10.12.2017.

[4] Die DARPA (Defense Advanced Research Projects Agency) ist eine Behörde des US-Verteidigungsministeriums, die Forschungsprojekte für das US-Militär durchführt. Gegründet nach dem Sputnik-Schock hat DARPA Raum- und Luftfahrttechnik und dabei – unter dem Namen Arpanet – auch das Internet entwickelt.

[5] „More European, More Connected and More Capable“ - MSC-Bericht zur europäischen Verteidigungskooperation. [www.securityconference.de](http://www.securityconference.de) 30.11.2017, zitiert nach [german-foreign-policy.com](http://german-foreign-policy.com) vom 7.12.2017.

# SCHWERPUNKT

*Johannes Magel*

## ZWISCHEN DEN STÜHLEN NACH VORN

### Zum Entwurf des Leitantrags für den 22. Parteitag der DKP

Die Situation, in der der PV den Entwurf des Leitantrags der Partei zur Diskussion vorgelegt hat, ist – das hat sich gegen Jahresende noch einmal bestätigt – recht dynamisch. Man kann über die Austritte am rechten und linken Rand der Partei unterschiedlicher Auffassung und wechselnden Gemüts sein; objektiv spiegelt sich in diesen Vorgängen zunächst wider, dass sich eine Reihe von Problemen des Klassenkampfes in neuer und schärferer Form darstellen, die auch innerhalb der Partei theoretisch bewältigt werden müssen. Dies auszuhalten und konstruktiv auszutragen ist die notwendige Bewegungsform der Partei der Kommunistinnen und Kommunisten. Es mag persönlich anstrengend sein und mitunter auch frustrierend; aber diese Auseinandersetzungen erzeugen wiederum erst die Dynamik, in der sich die Partei weiterentwickeln, von Überholtem freimachen und eine neue Klarheit erlangen kann. So auch in der Frage der strategischen Grundlinie der Partei.

Das Sekretariat der Parteiführung unter Heinz Stehr hat den wissenschaftlichen Charakter der Strategiefrage jah-

relang vernebelt und die für ihre Bearbeitung benötigten Kapazitäten in der Partei systematisch demontiert. Dementsprechend groß ist die Verwirrung: Während einerseits diese Führung die Theorie und Politik des Antiimperialismus und Antimonopolismus nachhaltig verballhornt hat, wird andererseits von ehrlichen und bewährten Mitstreitern das sprichwörtliche Kind mit dem Bade ausgeschüttet. Zwischen den Stühlen besteht die Herausforderung darin, ideologische Klarheit zu erlangen und zu verbreiten und dabei gleichzeitig die Partei zusammenzuhalten.

### Festigung des Erreichten und neue Impulse

Der PV-Entwurf des Leitantrags stellt in dieser komplizierten Situation ein verdienstvolles Unterfangen dar. Er unternimmt, nach einer langen Zeit des Herumirrens, wieder einen ersten Aufschlag für eine seriöse Strategieentwicklung der Partei: Er liefert uns dabei mit der Rückbesinnung auf die Theorie des Stamokap einen wissenschaftlichen Orientierungs-

rahmen zur Analyse der Verhältnisse. Er lehrt uns, wieder in Etappen sowie in kurz- und mittelfristigen Zwischenzielen zu denken. Und er bereitet den Boden für die dringend benötigte Selbstverständigung über aktuelle Entwicklungen der Produktivkräfte, der Klassenstruktur und der imperialistischen Beziehungen.

Darüberhinaus gelingt es dem Entwurf, den errungenen ideologischen Fortschritt der letzten Jahre in der Partei zu dokumentieren und zu festigen: von der Analyse der ökonomischen Krise 2007 ff., über die Einschätzung des imperialistischen Charakters der EU und der besonderen Rolle des deutschen Imperialismus, bis hin zur Betonung und Einordnung gegenwärtiger Widersprüche im imperialistischen Weltsystem. Damit manifestiert der Entwurf zentrale inhaltliche Eckpunkte der neuen Einheit in der Partei und der gemeinsamen Identität in Aufarbeitung und Abgrenzung von früheren revisionistischen Irrwegen. Gleichzeitig setzt er aber auch neue Impulse und treibt die inhaltliche Diskussion in der Partei nach vorn, wenn er – zwar nur vereinzelt, teils abstrakt und noch

unsystematisch – etwa mit Blick auf die Abgrenzung vom nationalen Nihilismus oder die Einordnung der Verteidigung der Souveränität Russlands und Chinas als im objektiven Interesse der Friedensbewegung und des Antiimperialismus richtige Positionen bezieht, die allerdings noch nicht voll im Bewusstsein und in der Praxis der Partei verankert sind. Im Bereich des Antifaschismus hingegen spiegelt sich die Einheit richtiger theoretischer Prämissen mit falschen praktischen Orientierungen auch im Entwurf des Leittrags wieder [1].

## Fokus auf Antiimperialismus und Antimonopolismus

Nach vorne weist der Entwurf des PV ebenfalls, indem er versucht, die Einheit der Partei und ihre ideologische Entwicklung mit der bewussten Orientierung auf die antimonopolistische Strategie auf eine neue Stufe zu stellen: „Antiimperialistischer und antimonopolistischer Kampf sind die entscheidende Form

des antikapitalistischen Kampfes auch im hochentwickelten imperialistischen Deutschland“ [2].

Damit dies allerdings auch gelingen kann, bedarf es sowohl einer kritischen Überprüfung der theoretischen Grundlagen der antimonopolistischen Strategie als auch ihrer Präzisierung auf der Höhe der Zeit. Dazu gehört zum einen, die Strukturveränderungen in den Hauptklassen nicht nur zu beschreiben, sondern diese auch einzuordnen in die grundsätzliche Verschärfung des monopolkapitalistischen Widerspruchs zwischen der Finanzoligarchie und den Volksmassen; den Kern der Arbeiterklasse heute als das revolutionäre Subjekt konkreter zu bestimmen und zu analysieren und ebenso die aggressivsten und expansionistischsten Teile des deutschen Finanzkapitals sowie ihre Agenda und die Widersprüche zu den antimonopolistischen Volksschichten. Dazu gehört zum anderen aber eben auch, bisherige ökonomistische Verengungen in der Theorie des Klassenkampfes zu überwinden.

Das bedeutet, den Fokus auf das Monopolkapital als Hauptgegner und den sich verschärfenden Antagonismus zwischen ihm und der breiten Mehrheit des Volkes (nicht nur der Arbeiterklasse allein) ernstzunehmen und den zwangsläufig antinationalen Charakter des Monopolkapitals zu erkennen. Dies zur Grundlage der Entwicklung von agitatorisch wirksamen und verständlichen Losungen und Forderungen zu machen, ist die nächste strategische Aufgabe, vor der wir auf dem Parteitag im März stehen. Diese Aufgabe ist insbesondere im antifaschistischen und im Friedenskampf zu lösen.

### Quellen und Anmerkungen:

[1] Vgl. den Diskussionsbeitrag von Lloyd/Mehner/Mehner (2017), <http://news.dkp.suhail.uberspace.de/2017/09/apologie-von-opportunismus-statt-antimonopolistischer-strategie/>

[2] Entwurf des Leittrags, Zeile 720 ff., <http://news.dkp.suhail.uberspace.de/2017/09/leittrag-zum-22-parteitag-2/>

*Pablo Graubner*

# ZUR LAGE DER NATION

Nach dem Wahlerfolg der Alternative für Deutschland (AfD) bei den Bundestagswahlen hat sich das Chaos in den Köpfen so mancher deutscher Linker noch einmal verstärkt. Dieser Umstand würde wahrscheinlich weniger gravierend ausfallen, wenn endlich wieder damit begonnen würde, über Begriffe nachzudenken. Im Besonderen über den Begriff der Nation und damit über das Verhältnis zur Nation, das darin zum Ausdruck kommt, wie man sich selbst nennt. Darüber sollen im Folgenden ein paar Worte verloren werden.

Beginnen wir mit einer Gruppe im Grenzbereich der deutschen Linken. Ihr Verhältnis zur Nation ist treffend durch ein englisches Wort charakterisiert, *compact*, zu Deutsch: Pressling. Ihre Anhänger tun so, als seien einer Nation bestimmte Eigenschaften naturalistisch eingestanz, als sei sie ein geschichtsloser Körper, dem man einmal angehört, oder nicht. Eine Beziehung zu Klassenkämpfen haben sie nicht, der Übergang zu rassistischen Blendern ist fließend.

Die nächste Gruppe bilden die An-

hänger liebgewonnener Universalisten. Sie hat zwei Untergruppen. Die erste Untergruppe kennt nur drei Worte: Klasse gegen Klasse, was genau genommen nur ein Wort ist, nämlich; Klasse. Nation ist für ihre Anhänger folglich ein Fremdwort, das sie laut verneinen. Ihre Wirkung lässt sich folgendermaßen beschreiben: Je lauter sie sind, desto weniger werden die Aufklärer mit einem größeren Wortschatz gehört, desto mehr Menschen eignen sich den *compacten* Begriff der Nation an. Manche Angehörige dieser Gruppe liegen den Aufklärern nur in den Ohren, andere von ihnen haben sich hingegen dazu entschlossen, formierte Gegenklärung zu betreiben. Peter Hacks nannte das Romantik.

Die zweite Untergruppe bildet das Lager *Individuum* gegen den Staat, das offenbar direkt in die Hölle zu fahren bereit ist: *Welcome to hell*. Mit dieser Gruppe verhält es sich ganz einfach. Solange sie das Bestehende unterschiedslos niederbrennen will, ohne Errungenschaften zu bewahren, kann sie kein Teil des gesellschaftlichen Fortschritts sein.

Ein großes Lager innerhalb der Linken hält das Ende der Geschichte der Nationen für gekommen, und es bezieht sich auf Marx, der den Freihandel, den Weltmarkt und die Weltliteratur als geschichtlichen Fortschritt bejaht hat. Ihnen ist mit Schiller zu entgegnen: Doch hart im Raume stoßen sich die Sachen. Denn die internationale Arbeitsteilung erzeugt selbst wieder untertänige Verhältnisse zwischen den Nationen, denen mit einem Emanzipationskampf, d.h. mit Klassenkampf zu begegnen ist. Und weil dieses Lager diese Form von Klassenkämpfen ablehnt, befindet sie sich je nach Umstand entweder im Zustand der Untätigkeit oder im Lager der Gegen-Emanzipation. Sie sagen: Zwei Weltkriege sind im Namen der Nation geführt worden. Wir fragen: Wird der nächste Weltkrieg deshalb emanzipatorisch?

Diejenigen, die Lenin gelesen haben und ernst nehmen, bilden eine besondere Gruppe innerhalb der deutschen Linken. Sie hat zwar keine klaren Konturen, im Inneren überlappen sich jedoch zwei Hauptströmungen. Der Begriff der



Nation einiger Vertreter des offiziellen Marxismus-Leninismus liegt in einem Mausoleum nahe des roten Platzes in Moskau, und seine Anhänger versuchen, ihn staubfrei zu halten. Sie hätten eigentlich das Potential, Lenin als einen Teil der Identität und der realen Geschichte der Völker dieser Welt zu begreifen, die um sie herum weitergeht, aber sie sind nicht putzen beschäftigt.

Für diejenigen jedoch, die sich im Lenin'schen Sinne als Volkstribüne verstehen, selbst wenn sie sich nicht offen zu ihm bekennen, ist die Nation kein Fremdwort, kein Projekt der Gegenemanzipa-

tion, kein Staubfänger, nicht *compact*, sondern etwas Bewahrenswertes. Es steht in ihrem Namen, der aussagt: Volk, Republik, Geschichte, Aufklärung. Sie begreifen den Kampf um die Nation als Klassenkampf.

Wie steht es nun also um diejenigen, die sich in der Tradition von Hans Heinz Holz sehen? Der Schluss liegt nahe, ihr Begriff von Klassenkampf sei ein dialektischer. Die Gattung Klassenkampf übergreift spezifische gesellschaftliche Konflikte, d.h. sie hat verschiedene Manifestationen, spiegelt sich in ihnen wider. Klassenkampf und nationaler Kampf

sind also nicht identisch, gehören aber untrennbar zusammen, wenn sie als ein Kampf um Emanzipation, als ein Kampf um Anerkennung geführt werden. Hans Heinz Holz schrieb zu dieser Denkfikur der Verbindung von Identität und Nicht-Identität in seiner kleinen Schrift „Widerspiegelung“: „Das Auseinandertreten in zwei, die Entäußerung und Entzweiung muss *ausgehalten* werden.“ Das ist ganz und gar wörtlich zu nehmen. Wie steht es um die Identität der Freunde Hans Heinz Holz? Es ist eine offene Frage. Sind diejenigen, die diesen Gedanken nicht aushalten, noch bei ihm?

Pablo Graubner

# LEST LOSURDO!

## Zur Theorie des Klassenkampfes

Was hat uns die Einsicht, die Menschheitsgeschichte sei „eine Geschichte von Klassenkämpfen“ in einer Zeit zu sagen, in der eben diese menschliche Geschichte so gar keine Anzeichen kämpfender Klassen zu tragen scheint? In der eines der wenigen Zugeständnisse an den Begriff des Klassenkampfes in der öffentlichen Meinung ausgerechnet von einem Großinvestor stammt? „My class is clearly winning“, zu Deutsch: meine Klasse gewinnt, schrieb Warren Buffet zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in den USA. Man möchte ihm laut entgegen rufen: „Your class must not win!“, zu Deutsch: Deine Klasse darf nicht gewinnen! Aber man übernimmt damit spiegelverkehrt den Klassenkampf-Begriff des Finanzkapitalisten. Und die Frage muss erlaubt sein: Kann Warren Buffet wirklich ein Maßstab für revolutionäre Begrifflichkeit sein?

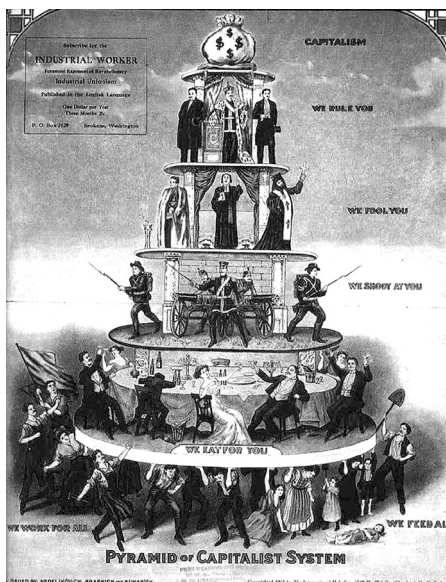
### Arbeit am Begriff

Klassenkämpfe verhalten sich in Wirklichkeit nicht nach dem obigen vereinfachenden Schema: „Es soll sich wohl an einer Stelle das eine Heer aufstellen und erklären: ‚Wir sind für den Sozialismus‘, an einer anderen Stelle das andere Heer aufstellen und erklären: ‚Wir sind für den Imperialismus‘, und das wird dann die soziale Revolution sein!“ [1]. Obwohl hier eine essenzielle Aussage über den Charakter von Klassenkämpfen

getroffen wird, findet man in Lenins Programm der Bolschewiki in der nationalen Frage, dem diese Sätze entstammen, keine in systematischer Weise klärende Arbeit zur Theorie der Klassenkämpfe. Genau genommen findet sich eine solche weder bei Marx, Engels noch bei Lenin. Dabei ist sie dringend erforderlich, will

ren Nationen. Und wer nur ausgeplündert wird darf sich noch glücklich schätzen. Wirklich schrecklich ergeht es denen, deren Nationen aufgebaut werden sollen: „Nation building“ nennt man das im Irak oder in Libyen. Und wenn das schon schrecklich ist, dann mag man sich die Folgen einer Konfrontation des liberalen Westens mit den Großen der kleineren Nationen, Russland und China, gar nicht ausmalen.

Die Arbeit am Begriff „Klassenkämpfe“ ist also nicht einfach nur angezeigt oder zeitgemäß, sie ist zwingend erforderlich. Daher ist die vorliegende Arbeit von Domenico Losurdo, „Der Klassenkampf oder Die Wiederkehr des Verdrängten?“ [2], so wichtig und ernst zu nehmen. Denn die Frage steht im Raum: Wie kann man sich dieser reaktionären Woge, die die Welt in die Richtung eines Krieges treibt, mit aller Macht entgegenwerfen? Ein wichtiger Schlüssel dazu ist, sich von der Vorstellung zu trennen, Klassenkampf trete nur in Reinform zu Tage, im direkten Konflikt zwischen Kapital und Arbeit. Die Akteure in Klassenkämpfen sind – ohne in Beliebigkeit zu verfallen – heterogener, können sogar auf beiden Seiten Teilen der Bourgeoise angehören, weil sich der Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit national und international in anderen Formen ausdrücken kann. Umgekehrt heißt das: Klassenkämpfe finden auch dort statt, wo sich die Akteure selbst nicht als Klassen-



man sich der reaktionären Woge entgegenwerfen, für die gerade ein liberaler Vertreter des Kapitalismus wie Warren Buffet steht: Die Verschärfung der Ausbeutung in den westlichen Ländern bei gleichzeitiger Ausplünderung der kleine-

kämpfer begreifen. Das ist sogar der Regelfall, denn wer versteht sich schon als Klassenkämpfer? Mehr Menschen beziehen sich positiv auf die Nation.

## Arbeitsteilung und Anerkennung

Für Losurdo steht die Entmenschlichung und der Kampf um die Anerkennung als Mensch im Brennpunkt menschlicher Geschichte. Der Sklave, der wie ein Tier besessen wird, der Arbeiter, der wie ein Arbeitsinstrument verschlissen wird, die Frau, die als Hausklavin gehalten wird oder die vom alten und neuen Kolonialismus erniedrigten Völker. Diese stellen untertänige Verhältnisse dar, die in der Arbeitsteilung innerhalb der Gesellschaft und zwischen den Gesellschaften ihre materielle Basis haben. Und Losurdo zeichnet insbesondere entlang des politischen Wirkens von Marx und Engels nach: Klassenkämpfe, die in der Arbeitsteilung ihre Basis haben und die auf moralischer Ebene als ein Kampf um Anerkennung geführt

werden, treten nicht nur nie in Reinform zu Tage, sondern stattdessen in komplexen Zusammenhängen, in der Form eines „Gemenges“.

Der Gegner weiß das und gibt sich menschenfreundlich: Überall dort, wo ein Land in Grund und Boden gebombt werden soll, gibt man vor, die Rechte dieser oder jener einzelnen Gruppe zu schützen. Dabei wird in Wahrheit umgekehrt ein Schuh daraus: Nur aus der Sammlung aller Kräfte zur gemeinsamen Abwehr der Hauptgefahr kann auch eine Möglichkeit erwachsen, die reaktionäre Offensive in eine fortschrittliche Offensive zu wenden, die auch Chancen für die Emanzipation der zu Arbeitsinstrumenten oder Hausklavinnen degradierten Menschen beinhaltet. Man darf aber auch hier nicht auf sterile Formen hoffen. Denn die Bestimmung der Hauptgefahr ist selbst nicht ohne Widersprüche, die ausgehalten werden müssen.

Fortschritt im Sinne eines Emanzipationsprozesses der Menschen, so lautet die Botschaft, wird nur durch Klassenkämpfe ermöglicht, deren Inhalt nicht

in plakativer Form für alle Zeiten festgeschrieben ist, sondern in jeder historischen Situation konkret erfasst werden muss. Diese Analyse geschieht wiederum auf Grundlage der Erfahrungen aus der eigenen Geschichte. Greifen wir eine wichtige Erfahrung heraus: Das erste Dekret, das die revolutionäre Arbeiter- und Bauernregierung im Oktober 1917 erlassen hat, war das Dekret über den Frieden. Lernen wir daraus.

### Quellen und Anmerkungen:

[1] Lenin Werke, Bd. 22: S. 363f

[2] Domenico Losurdo (2016): Der Klassenkampf oder die Wiederkehr des Verdrängten. Eine politische und philosophische Geschichte, Köln.

Jürgen Lloyd

# DIE GRUNDLAGEN ANTIMONOPOLISTISCHER STRATEGIE

„Die Menschen waren in der Politik stets die einfältigen Opfer von Betrug und Selbstbetrug, und sie werden es immer sein, solange sie nicht lernen, hinter allen möglichen moralischen, religiösen, politischen und sozialen Phrasen, Erklärungen und Versprechungen die Interessen dieser oder jener Klassen zu suchen.“ – diesen Hinweis gab Lenin 1913 in seinem Aufsatz über „Drei Quellen und drei Bestandteile des Marxismus“. Er erinnert damit an die grundlegende Einsicht des Marxismus, alle geschichtlichen und politischen Erscheinungen zu erklären und zu verstehen als Ausdruck der Kämpfe widersprüchlicher Klasseninteressen um ihre Durchsetzung unter je konkreten Bedingungen. D.h. wir verstehen Geschichte als „Geschichte von Klassenkämpfen“. Kommunistinnen und Kommunisten sind daher bestrebt, die historisch-konkreten Formen der Auseinandersetzung

um Klasseninteressen zu erkennen. Sie verfolgen damit das Ziel, das eigene gesellschaftliche Handeln mit Bewusstsein und planvoll vollziehen zu können. Nur so vermeiden sie, als „einfältige Opfer von Betrug und Selbstbetrug“ bürgerlicher Ideologie zu erliegen und erobern die Möglichkeit, in gemeinsamer Arbeit mit Genossinnen und Genossen dazu beizutragen und daran teilzuhaben, dass die Arbeiterklasse als Subjekt Geschichte machen kann.

Das ist der Hintergrund, warum es für uns nicht möglich ist, eine kommunistische Strategie zu entwickeln, ohne die konkreten Formen zu verstehen und in ihrer geschichtlichen Entwicklung zu beachten, in denen der Kampf um Klasseninteressen vollzogen wird. Ohne Erkenntnis der Möglichkeiten kapitalistischer Klassenherrschaft und der Bedingungen, unter denen diese Herrschaft

durchgesetzt wird, können wir mit ihr auch nicht „fertig werden“, d.h. können sie nicht überwinden.

Kapitalistische Klassenherrschaft besteht ihrer Substanz nach in dem Bestehen des kapitalistischen Ausbeutungsverhältnisses, also der durch das anerkannte private Eigentum an Produktionsmitteln gegebenen Möglichkeit einer Klasse, sich die Arbeitsprodukte anderer – und mit ihnen den gesellschaftlich erarbeiteten Reichtum – anzueignen. Den revolutionären Sturz dieses Ausbeutungs- und Herrschaftsverhältnis und seine Ersetzung durch die Herrschaft der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten ist das Ziel der Kommunistinnen und Kommunisten und ihrer Strategie im Kapitalismus. Wer das ignoriert, vergisst oder verleugnet, wer bei allen Zwischenschritten, taktischen Überlegungen und Rücksichten auf die gerade „dringendsten“ Probleme

deren Ein- und Unterordnung gegenüber dem revolutionären Ziel verdeckt, wer an diese strategische Zielbestimmung auch nur mit einem „aber“ eine Einschränkung meint anfügen zu müssen, wird unweigerlich im Sumpf des Opportunismus landen.

Die Bestimmung des Ziels unserer Strategie stützt sich auf unsere Einschätzung, dass die kapitalistische Form der Produktion dem erreichten gesellschaftlichen Charakter der Produktivkräfte längst nicht mehr entspricht, die sozialistische Revolution deswegen objektiv möglich und historisch notwendig geworden ist. Wir leben seit über 100 Jahren in der Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus.

### Ein konkreter Begriff von Herrschaft

Damit unsere Strategie nicht nur das Ziel aufzeigt, sondern auch in der Lage ist, eine Orientierung für die Kämpfe hin zu diesem Ziel zu geben, benötigt sie einen Begriff nicht nur des Ursprungs kapitalistischer Klassenherrschaft sondern auch der je historisch-konkreten Form dieser Herrschaft. Für dieses Verständnis ist – ebenfalls seit 100 Jahren – Lenins Imperialismusanalyse unverzichtbar.

Der Übergang vom Stadium des liberalen Konkurrenzkapitalismus zum Stadium des monopolistischen Kapitalismus besteht nicht lediglich in einer graduellen Steigerung der Konzentration einzelner Kapitalien. Auf Basis der ökonomischen Entwicklung vollzieht sich eine Änderung des Charakters kapitalistischer Herrschaft, dessen Bedeutung wir sorgfältig erfassen müssen. Für den liberalen Konkurrenzkapitalismus gilt die individuelle Durchsetzungsfähigkeit am Markt als legitime und angemessene Form der Herrschaftsdurchsetzung. Der Imperialismus kann seine Herrschaft aber nicht auf dieses Prinzip beschränkt verwirklichen. (Wiewohl er dieses Prinzip auch keineswegs widerruft, was ihm – da er ja weiterhin Kapitalismus ist – auch nicht möglich wäre.) Für die Monopole wird deren Fähigkeit, die Akkumulation ihres Kapitals mit allen Mitteln – und nicht nur vermittels direkter Mehrwertgenerierung in der Produktion – zu steigern, zum maßgeblichen Erfolgskriterium. Der Drang zum Kapitalexport, der „Wuchersstaat“, die Herausbildung einer Finanzoligarchie sind Merkmale dieser Entwicklung. Zu diesem Ziel reicht die Herrschaftsdurchsetzung am Markt jedoch

nicht mehr aus. Es wird erforderlich, weit über den Bereich ökonomischer Durchsetzungsfähigkeit hinaus, Ressourcen der Gesellschaft als Mittel für die eigenen Zwecke beanspruchen zu können. In der Tendenz drängt das Monopolkapital dahin, die ganze Gesellschaft, ihren Reichtum und jegliche Lebensäußerung ihrer Mitglieder der eigenen Zwecksetzung zu unterwerfen. „Eine Finanzoligarchie, die ein dichtes Netz von Abhängigkeitsverhältnissen über ausnahmslos alle ökonomischen und politischen Institutionen der modernen bürgerlichen Gesellschaft spannt - das ist die krasseste Erscheinungsform dieses Monopols.“ – schreibt Lenin in seiner Imperialismusstudie [1].

Der Erste Weltkrieg zeigte nicht nur den von Lenin beschriebenen gesetzmäßigen Drang des Monopolkapitalismus zum imperialistischen Krieg, er demonstrierte der Bourgeoisie auch augenfällig die Notwendigkeit, breite Massen der Bevölkerung zur aktiven Durchsetzung der Klasseninteressen der Monopole bringen zu können. Das imperialistische Kapital, das gezwungen ist, seine Macht



ausdehnen zu wollen und deswegen Kriege führt, kann zu Hause keine Gesellschaft gebrauchen, die in miteinander konkurrierende, um individuelle Interessen streitende Teile zerfällt. Es braucht eine Gesellschaft, die geschlossen das gemeinsame Interesse verfolgt. Insofern anerkennt der Monopolkapitalismus den hohen Stand des gesellschaftlichen Charakters der Produktivkräfte, worauf Lenin hinwies, als er den Monopolkapitalismus als gigantischen „Fortschritt in der Vergesellschaftung der Produktion“ [2] kennzeichnete. Nur, dass unter fortbestehenden kapitalistischen Verhältnissen das gemeinsame Interesse nicht den Interessen der Bevölkerungsmehrheit entspricht, sondern als das ihnen entgegengesetzte Klasseninteresse der Mono-

pole erscheint. Sich selbst als „die Gesellschaft“ und das eigene Klasseninteresse als Gesellschaftsinteresse definieren zu können, bestimmt damit fortan den Charakter kapitalistischer Herrschaft im Monopolkapitalismus. Der Kampf der Arbeiterklasse gegen die Herrschaft des Kapitalismus muss – wenn er nicht abstrakt als Kampf gegen „Kapitalherrschaft schlechthin“ geführt werden soll und mithin dazu verdammt wäre, in der konkreten Realität ohne jegliche Wirkmächtigkeit zu verpuffen – diese monopolkapitalistisch geprägte Herrschaft angreifen. Und unsere Strategie, die geeignet sein soll, diesen Kampf anzuleiten, muss diese Bestimmung kapitalistischer Herrschaft berücksichtigen. Die Frage ist somit zu beantworten: Wie ist der spezifisch monopolkapitalistische Charakter der Klassenherrschaft im Kampf gegen diese Herrschaft zu berücksichtigen?

### Was zeichnet die Klassenherrschaft im Monopolkapitalismus aus?

Offensichtlich ist es unzureichend, alleine die ökonomische Machkonzentration, den Faktor, dass Monopole bessere Möglichkeiten haben, sich am Markt gegen kleinere Kapitalisten durchzusetzen, als das charakteristische Spezifikum monopolkapitalistischer Herrschaft anzusehen. Dieser Faktor ist sehr wohl maßgeblich für die Entwicklung hin zum Monopolkapitalismus, er bildet dessen ökonomische Basis. Aber zum Spezifikum der monopolkapitalistischen Herrschaft wird die (vom fortschreitenden gesellschaftlichen Charakter der Produktion hervorgebrachte) Notwendigkeit, die ganze Gesellschaft der Zwecksetzung der Monopole zu unterwerfen. Wenn H.P. Brenner in seiner Auswertung der Leittrags-Diskussion ausführte: „Es ist

nun mal doch das Groß- und Monopolkapital, das in erster Linie über das Schicksal von tausenden, zigtausenden und Millionen Arbeitern und Angestellten bestimmt.“ [3] – dann ist diese Feststellung zutreffend. An seinem Ziel, mit diesem Hinweis die prägende Besonderheit des staatsmonopolistischen Kapitalismus anzuführen, die unsere strategische Fokussierung auf den Kampf gegen die Monopole begründe, schießt er so jedoch vorbei. Wenn die Herrschaft des Monopolkapitalismus seine charakteristische Prägung lediglich durch die ökonomische Überlegenheit der Monopole, ihre Macht als Großkapitalisten (diese Bezeichnung wäre dann sehr treffend) über tausende und Millionen abhängig Beschäftigter verfügen zu können, erhalten würde, dann müsste eine darauf reagierende antimonopolistische Strategie konsequent darauf hinauslaufen, diese Kapitalanhäufung zu bekämpfen um dem gegenwärtigen Kapitalismus seine vermeintlich besonders schlimme Spitze zu nehmen. Eine revolutionäre Strategie (und auch eine Strategie des „Herankommens an die Revolution“ ist eine revolutionäre Strategie, wenn sie sich nicht darauf beschränkt, den Weg für Alles und das Ziel für Nichts zu halten) – eine revolutionäre Strategie, die sich von dialektisch-materialistischer Weltanschauung leiten lässt, sucht den historischen Fortschritt im Kampf der Widersprüche des bestehenden Systems. Sie sucht den Fortschritt nicht darin, den als schlimme Spitze erscheinenden Ausdruck der Widersprüche vermeintlich los werden zu können. Dass seine Deutung der antimonopolistischen Strategie in diese letztere Richtung geht, belegt Brenner, wenn er im selben Referat davon spricht, es gehe ihm darum, „wem wir als erstes an den Kragen gehen müssen, wen wir als erstes entmachten und in die Knie zwingen wollen und in die politische Wüste schicken müssen.“ [4] Ob verstanden und gewollt, oder auch nicht, hier schwebt die illusionäre Idee eines Kapitalismus mit, bei dem die Monopole schon mal „als erstes“ in die Wüste geschickt wurden. Dann würde die antimonopolistische Strategie (um die nötige Differenzierung sprachlich zu kennzeichnen) auf den Kampf gegen die Monopole orientieren und nicht auf den Kampf gegen die Herrschaft des Monopolkapitalismus. Genau eine solche strategische Orientierung wird von den Kritikern der antimonopolistischen Strategie in unserer Partei als opportunistisch oder zumindest als Türöffner des Opportunismus kritisiert. Zu Recht!

## Strategische Konsequenzen

Der spezifische Charakter monopolkapitalistischer Herrschaft besteht aber eben nicht in der ökonomischen Überlegenheit der Monopole, sondern in deren Anmaßung, „die Gesellschaft“ zu sein und ihre partikularen Klasseninteressen als Interesse der Allgemeinheit zu setzen. Der Kampf zur Überwindung dieser Herrschaft ist – da eine anders geartete kapitalistische Herrschaft wegen des hoch entwickelten gesellschaftlichen Charakters der Produktion nicht erdenklich ist, der Imperialismus also eben das höchste Stadium des Kapitalismus ist – identisch mit dem Kampf um seine revolutionäre Ablösung durch eine Gesellschaftsformation, in dem „die Gesellschaft offen und ohne Umwege Besitz ergreift von den jeder andren Leitung außer der ih-



rigen erwachsenen Produktivkräften“ [5]. Dieser Kampf muss aber die konkrete Realisierungsform kapitalistischer Herrschaft zum Gegenstand nehmen und muss daher genau diesen Herrschaftsanspruch des Monopolkapitals, es selber sei „die Gesellschaft“ und seine Klasseninteressen müssen als Zwecke der Gesellschaft gelten, angreifen. Eine kommunistische Strategie, die auf dieser Erkenntnis gründet, wird daher die objektiven Interessengegensätze zwischen den imperialistischen Partikularinteressen der Monopole und den damit unvereinbaren Interessen der Schichten oder Klassen der Gesellschaft, die nicht der Monopolbourgeoisie angehören, zum Kampffeld machen müssen. Diese Strategie muss darauf orientieren, die zahlreichen, kon-

kret aufweisbaren Interessengegensätze in den gesellschaftlichen Auseinandersetzungen erkennbar zu machen und das Bewusstsein von der Unvereinbarkeit der Interessen des Imperialismus mit den eigenen objektiven Interessen zu fördern. Die Förderung von proletarischem Klassenbewusstsein ist dabei nicht nur unsere spezifische Aufgabe als Partei der Arbeiterklasse, sondern sie stellt auch inhaltlich – weil der antagonistische Gegensatz von Proletariat und Kapital der grundlegende und weitreichendste Interessengegensatz bleibt – den Kern dieses Kampfs dar. Voraussetzung dafür, um auf dieser Grundlage eine Strategie erarbeiten und verfolgen zu können (und diese Strategie verdient die Bezeichnung »antimonopolistische Strategie«), ist unsere Fähigkeit, in den gesellschaftlichen Auseinandersetzungen tatsächlich die in ihnen zum Ausdruck kommenden Interessengegensätze zum Monopolkapital zu erfassen und verständlich zu machen. Wir müssen also erst mal selber wieder in der Lage sein, die aus der Monopolherrschaft entspringenden spezifischen Klasseninteressen zu erkennen und sie – und nichts anderes – unserer Analyse gesellschaftlicher Kämpfe zu Grunde zu legen. Das ist der Grund dafür, warum wir im Friedenskampf (wieder) verstehen müssen, dass und warum der Imperialismus nicht friedensfähig ist, dass und warum die Monopole mit ihrem, für sie unverzichtbaren Drang nach Ausdehnung des eigenen Machtbereichs (dies ist ein spezifisches Klasseninteresse des Monopolkapitals) den Krieg zumindest als Ultima Ratio benötigen. Das ist dann ein anderes Verständnis, als etwa umgedreht – und fälschlich – den Drang der besonders bösen Rüstungskonzerne nach Profit (die davon leben, Waffen zu produzieren und verkaufen zu können und daher auch deren gelegentlichen Einsatz einkalkulieren) als den bestimmenden Grund für die imperialistische Kriegsgefahr anzusehen. Die Notwendigkeit, die spezifischen Klasseninteressen im Monopolkapitalismus zu verstehen, ist auch der Grund dafür, warum wir im antifaschistischen Kampf (wieder) verstehen müssen, dass der Faschismus nicht dem individuellen Wunsch besonders großer/böser/gieriger Großkapitalisten nach Extraprofit entsprungen ist (und erst recht nicht dem Agieren der von ihnen verführten oder durch ihre Politik hervorgegerufenen Massenbasis faschistischer Bewegungen). Wir müssen verstehen, dass der Faschismus, bzw. die Option, bei Be-

darf zur faschistischen Form bürgerlicher Herrschaft übergehen zu können, einem im System des Imperialismus angelegten Klasseninteresse entspringt – nämlich dem Herrschaftsinteresse des Monopolkapitals, seinen Anspruch auf Unterwerfung der ganzen Gesellschaft unter seine Zwecke auch dann durchzusetzen, wenn diese Unterwerfung mit der parlamentarisch-liberalen Form der Herrschaftsausübung nicht mehr zuverlässig zu gewährleisten ist. Und nein, natürlich hilft es in der Praxis nicht, wenn wir unsere antimilitaristischen und antifaschistischen Mitstreiter mit der Predigt unserer Einsichten über diese Zusammenhänge langweilen. Das reicht auch nicht! Unsere Aufgabe geht weiter und ist ungleich schwieriger: Sie besteht darin, die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen dahin zu treiben, dass in ihnen die Unvereinbarkeit unserer Interessen und der unserer Mitstreiter mit der Fortexistenz des Imperialismus erfahrbar wird. Und wenn – was leicht einzusehen ist – das auf einer Demo alleine noch nicht klappt, dann haben wir mit der Teilnahme an dieser Demo unsere Aufgabe offensichtlich noch nicht erfüllt.

### Schlussfolgerung

Es bleibt festzuhalten: Es gibt eine Kritik an der antimonopolistischen Strategie von denjenigen, die sich vom anti-kapitalistischen Kampf nicht durch einen Kampf gegen die Monopole ablenken lassen wollen. [6] Diese Kritik trifft dort zu, wo Antimonopolismus verstanden wird (oder auch – unverstanden – zumindest in der Konsequenz darauf hinausläuft),

als Kampf gegen die „stärksten Bataillone der Kapitalherrschaft“ (H.P. Brenner) [7] dem Kapitalismus diese Spitzen zu brechen. An der genau gleichen Stelle, machen diese Kritiker aber einen Fehler, wenn sie selber die Bedeutung des spezifischen Charakters monopolkapitalistischer Herrschaft ignorieren und von der Entwicklung zum Monopolkapitalismus ebenso für unsere Strategie nur die Entwicklung der ökonomischen Basis in Betracht ziehen. Es stimmt und sie haben recht: Kapitalistische Herrschaft hat weiterhin die auf dem privaten Besitz an Produktionsmitteln fußende Ausbeutung der Lohnarbeiterklasse durch die Kapitalistenklasse zur Grundlage. Eine antimonopolistische Strategie, die – wie die Gießener Genossinnen und Genossen es treffend formulieren – als „Stimmenfang bei nichtmonopolistischen Kapitalisten“ daher kommt (in diesem Zusammenhang stehen auch die wenig zielführenden Debatten um vermeintliche Bündnisse mit der nichtmonopolistischen Bourgeoisie) – eine so verstandene Strategie würde in der Tat diese Grundlage missachten und zu den praktischen Widersprüchen bei betrieblichen Auseinandersetzungen führen, auf die die Kritiker hinweisen.

Unsere Aufgabe ist jedoch, die Klassenherrschaft, zu deren Überwindung unsere Strategie die Orientierung liefern soll, in ihrer historisch-konkreten Entwicklung zu verstehen. Und dazu gehört, dass kapitalistische Herrschaft zwar auf dem Ausbeutungsverhältnis beruht, aber nicht mehr alleine in ihm besteht. Kapitalistische Herrschaft muss – um dem fortschreitenden Druck des gesellschaftlichen Charakters der Produktion

den im Kapitalismus noch möglichen Raum zu geben – im Imperialismus sich die ganze Gesellschaft unterwerfen. Für die eigene Strategie lediglich den Grundwiderspruch des Kapitalismus als Ausgangspunkt zu sehen und in der Berücksichtigung des spezifisch monopolkapitalistischen Charakters der gegenwärtigen Klassenherrschaft ein Ansetzen an einem Nebenwiderspruch der Gesellschaft zu vermuten, orientiert zwar auf das richtige und notwendige Ziel, vermag aber nicht Orientierung zu geben für den konkreten Kampf gegen die historisch-konkrete Herrschaft des Monopolkapitalismus. Ohne einen Begriff vom Gegner zu haben, darauf hat Engels bereits hingewiesen [8], können wir auch nicht mit ihm fertig werden, wir können ihn nur einfach als schlecht verwerfen.

-----

### Quellen und Anmerkungen:

- [1] W.I.Lenin: Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, LW Bd. 22, S. 305.
- [2] ebd. LW Bd. 22, S. 209.
- [3] DKP-Informationen 5/2017, 11. Tagung des Parteivorstandes, 25./26. November 2017, S. 20.
- [4] ebd.
- [5] F.Engels: Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft, MEW Bd. 19, S. 222.
- [6] siehe die Beiträge von Heiko Humburg und der DKP Gießen in diesem Heft.
- [7] H.P.Brenner: Referat zum Leittragsentwurf, <http://news.dkp.de/2017/10/der-heutige-kapitalismus-und-die-antimonopolistische-strategie-das-typische-fuer-den-neuen-kapitalismus/>
- [8] F.Engels: Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft, MEW Bd. 19, S. 209.



Heiko Humberg

## WARUM DIE ANTIMONOPOLISTISCHE STRATEGIE IN DEN SUMPF FÜHRT ...

Im Vorwort zum Leitantrag wird der Kritik „von links“ an der antimonopolistischen Strategie (AMS) vorgeworfen, „Nebenfragen“, wie die nach „Bündnismöglichkeiten mit nicht-monopolistischen Teilen der Bourgeoisie, die es gibt“ zu zentralen Fragen zu machen. Nebenfragen? Auf den ersten Blick sieht das tatsächlich so aus:

- Denn beide, „Antimonopolisten“ und „Antikapitalisten“ [1] in der DKP, sprechen von der führenden Rolle der Arbeiterklasse und der zentralen Bedeutung ihrer Aktionseinheit.

- Tatsächlich wollen auch die Antikapitalisten die Zwischenschichten zwischen Bourgeoisie und Proletariat, also alle, die in erster Linie von eigener werktätiger Arbeit und nicht von der Ausbeutung der Arbeitskraft anderer leben, für den Sozialismus gewinnen. Dazu gehören die meisten der ca. 2,5 Mio. Solo-Selbständigen und sicher auch ein Großteil der etwa 0,75 Mio. weiteren Kleinunternehmen. Die können für den Sozialismus gewonnen werden, weil die schrittweise Vergesellschaftung ihrer Arbeit über Genossenschaften sie von ihrer prekären Existenz im Kapitalismus befreien würde.

- Beide Seiten sind sich wohl auch einig, dass die knapp 20.000 Großunternehmen Feinde sind, (obwohl übrigens nicht alle von denen alle Merkmale eines Monopols erfüllen). Dann bleibt eine überschaubare Streitmenge von gerade einmal 375.000 kleinen und mittleren Unternehmen [2].

- Außerdem sind die Antikapitalisten natürlich dafür, dass die Arbeiterklasse in allen Kämpfen, besonders solchen zur Verhinderung eines Krieges und gegen Demokratieabbau, die Widersprüche im Lager des Klassegegners, also auch solche zwischen Monopolen und Nichtmonopolen, ausnutzen muss.

- Schließlich ist beiden Seiten klar, dass auf absehbare Zeit wegen unserer Schwäche weder Spielräume für ein Bündnis noch für ein Ausnutzen der Widersprüche bestehen.

### Worum geht's?

Also drängt sich die Frage auf, worum geht es eigentlich in diesem Streit? Ge-

nauer betrachtet geht es bei dieser Streitfrage und dem Zusammenhang, in dem sie steht, m.E. darum, ob die Partei eine revolutionäre oder eine letztlich opportunistische Linie verfolgt:

1. Im Leitantrag wird nicht benannt, für welche der konstruierten Kampftappen das angestrebte Bündnis mit der nichtmonopolistischen Bourgeoisie gelten soll. Gilt sie bis zur „Wende zum demokratischen und sozialen Fortschritt“, oder bis in die Etappe, der „Schwächung und Zurückdrängung“ der Monopole, also der Kampftappe „die schon kein Kapitalismus mehr“, aber „noch kein Sozialismus“ sein soll, oder bis zum „revolutionären Bruch“, oder gar bis weit in den Aufbau des Sozialismus hinein? Kluge Vertreter der AMS, wie Beate Landefeld, sehen eine Bündnismöglichkeit nur bis zum Ende der antimonopolistischen Etappe, denn das nichtmonopolistische Kapital ist ja vielleicht gegen die Monopole, aber wohl kaum gegen den Kapitalismus überhaupt. Diejenigen aber, die anders als Beate, ein solches Klassenbündnis auch noch für die Revolution und im Sozialismus verfolgen wollen, müssen sich fragen lassen, was für einen Sozialismus sie eigentlich anstreben, in dem etwa 40% der Lohnabhängigen weiterhin der privaten Ausbeutung unterliegen. Und ob sie wirklich meinen, dass man für einen solchen Sozialismus die Arbeiterklasse, besonders die 40%, die in den kleinen und mittleren Unternehmen arbeiten, gewinnen kann.

2. Die aber, die, wie Beate, eine Bündnismöglichkeit nur bis zur „antimonopolistisch-demokratischen“ Kampftappe sehen, müssen sich fragen lassen, warum sie die Arbeiterklasse und die für den Sozialismus gewinnbaren Schichten, die sich zu einem Bündnis zusammenschließen sollen, eigentlich nicht direkt auf den „revolutionären Bruch“ mit dem Kapitalismus – also antikapitalistisch orientieren? Umgekehrt gefragt: Machen sie den antimonopolistischen Umweg zum Sozialismus eigentlich nur wegen des Bündnisses mit den knapp 300.000 Unternehmen der nichtmonopolistischen Bourgeoisie, die uns dann beim revolutionären Bruch oh-

nehin wieder von der Fahne gehen? Obwohl der Leitantrag versucht, klare Festlegungen möglichst zu umschiffen, scheint das genauso so zu sein: Hier und heute und noch eine ganze Weile bis zur antimonopolistisch-demokratischen Etappe will der Leitantrag auf „antimonopolistische Bündnisse“ (Zeile 951) unter Einschluss der nichtmonopolistischen Bourgeoisie orientieren. Den Sozialismus will der Leitantrag solange als „langfristiges Ziel“ nur „nie verschweigen“ (Zeile 817). Damit das klappen kann, müsste man das mit dem „langfristigen Ziel Sozialismus“ aber absolut ins Ganz-Kleingedruckte verbannen, sonst sickert das womöglich noch bis zu den Bündnispartnern aus der Kapitalistenklasse durch und die schlagen sich ins Lager der Monopole.

Müssten wir aber nicht gerade heute, wo es darum geht, die Avantgarde der Arbeiterklasse für den Kommunismus zu gewinnen, den Sozialismus und den revolutionären Weg dahin herausposaunen? [3] Denn warum sollte die Avantgarde sonst zu uns und nicht zur Linkspartei gehen? Hier gibt es keinen Mittelweg: Wenn man meint, wir brauchen die kleine und mittlere Bourgeoisie zur Entmachtung der Monopole, weil diese und der mit ihnen „vereinigte“ Staatsapparat sonst zu stark sind, dann müsste man konsequenterweise bis zur Zurückdrängung der Monopole auf die Gewinnung der Arbeiterklasse für den Sozialismus verzichten und auch die Arbeiterklasse in erster Linie auf Antimonopolismus orientieren oder man erzählt allen nichtmonopolistischen Klassen und Schichten, dass Sozialismus ein Produktionsverhältnis wie in China ist, in dem tüchtige private Unternehmen bis zum Monopol aufsteigen können.

### Klassenwiderspruch und Bündnis

3. Diejenigen, die für ein Bündnis mit der nichtmonopolistischen Bourgeoisie sind, müssen sich fragen lassen, was sie eigentlich für ein Bild von den Klassenwidersprüchen in einem hochentwickelten kapitalistischen Staat wie der BRD haben? Kluge Vertreter der AMS, wie Beate, se-

hen natürlich, dass auch die nichtmonopolistische Bourgeoisie in einem antagonistischen Klassenwiderspruch zur Arbeiterklasse steht (die eine Klasse beutet halt die andere aus). Kann die Arbeiterklasse trotzdem mit ihrem antagonistischen Klassengegner für die nächsten Kampfetappen zu einem Bündnis kommen? Das könnte nur gehen, wenn es einen gemeinsamen Feind gäbe, zu dem für beide, Arbeiterklasse und nichtmonopolistische Bourgeoisie, der Widerspruch noch stärker wäre als der Klassenwiderspruch gegeneinander. Dieser alle anderen Widersprüche überlagernde gemeinsame Feind, sei – so die Antimonopolisten – das Monopolkapital. Logisch zu Ende gedacht bedeutet das, dass diese zur Analyse gelangt sein müssten, dass der derzeit die Gesellschaft bestimmende Grundwiderspruch nicht mehr der zwischen Lohnarbeit und Kapital ist, sondern der zwischen den Monopolen und den nichtmonopolistischen Klassen und Schichten. Das habe ich in der Grundlagenschulung in der SDAJ zumindest anders gelernt. Monopolistische und nichtmonopolistische Teile der Bourgeoisie leben – bei allen Widersprüchen zwischen ihnen – von dem der Arbeiterklasse abgepressten Mehrwert. Die Mehrwertrate ist in den kleinen und mittleren Unternehmen wegen der geringeren organischen Zusammensetzung und wegen des häufig unter dem Wert der Arbeitskraft liegenden Lohns in der Regel höher als in den Großbetrieben. Den Monopolen gelingt es aufgrund des Gesetzes vom tendenziellen Ausgleich der Profitrate und auf Grund ökonomischer und außerökonomischer Machtstellungen, einen Teil des bei den „Kleinen“ produzierten Mehrwerts an sich zu ziehen. Dennoch aber leben erstens beide als Vampire vom Blut der Arbeiter. Zweitens gibt es ein gemeinsames Interesse aller Kapitalisten an einer hohen Mehrwertrate. Je höher sie ist, desto mehr kann innerhalb der verschiedenen Abteilungen der Kapitalistenklasse umverteilt werden. Und drittens stehen Monopole und Nichtmonopole in wechselseitiger Abhängigkeit: Ohne abhängige kleine und mittlere Unternehmen können die Monopole keinen Monopolprofit realisieren und ohne die ihnen von den Monopolen zugewiesene Nische können die kleinen und mittleren Unternehmen nicht mal das Mindestmaß an Profit, den sog. Unternehmerlohn, realisieren. Trotz tiefer Widersprüche auf der Ebene der Verteilung des abgepressten Mehrwerts bilden daher Monopole und nichtmonopolistische Kapitalisten nach wie vor eine Klasse, die als Klasse insgesamt der Arbeiterklasse

feindlich gegenübersteht. Deshalb agiert auch der Staat bei aller strukturellen und personellen Verflechtung mit dem Großkapital nach wie vor als ideeller Gesamtkapitalist und betreibt auch eine „Mittelstandsförderung“ und zwar im wohlverstandenen Eigeninteresse der Monopole [4].

Ist aber der Widerspruch zwischen Lohnarbeit und Kapital auch im monopolistischen Kapitalismus der Grundwiderspruch, dann entscheidet diese Trennlinie über Freund und Feind. Die logische Konsequenz dieser Beschreibung des Grundwiderspruchs ist eine antikapitalistische Strategie, die sich gegen die Kapitalistenklasse insgesamt richtet, zu der als zentral wichtiges Element aber das Ausnutzen von Widersprüchen im Lager des Klassenfeindes und nicht zuletzt des Widerspruchs zwischen Monopolen und Nichtmonopolen zählt [5]. Die antimonopolistische Strategie hingegen setzt an einem Nebenwiderspruch der Gesellschaft an, den sie aber zum Hauptwiderspruch erklärt.

4. Will man trotz der beschriebenen gesellschaftlichen Struktur ein Bündnis der Arbeiterklasse mit Teilen des Klassegegners Bourgeoisie erreichen, dann ist das nur vorstellbar, wenn sich eine der beiden Klassen unter (mindestens teilweisem) Verzicht auf eigene Interessen der anderen unterordnet. Und der, der das Bündnis will, muss sich fragen lassen, welche Klasse diesen Preis für das Bündnis zahlen soll. Beate, die die Dinge weit durchdenkt, gibt auf Facebook am 1. Oktober die Antwort: Auf die Frage eines Genossen, was „der Besitzer einer 25 Mann Klitsche mir und meiner Klasse zu bieten“ hat, antwortet sie: „Die Frage ist auch falsch gestellt: Denn nicht der „Kleine“ will das System ändern, sondern Du, oder? Er wird Dich also fragen, was Du ihm zu bieten hast, weshalb er Dir folgen soll, statt der CDU und der FDP.“ Das trifft den Nagel auf den Kopf! Das Klasseninteresse des nichtmonopolistischen Bourgeois bringt ihn eben nicht grundlegend in Widerspruch zum „System“. Und das bedeutet zwingend, dass die Arbeiterklasse ihn in ein Bündnis nur durch Verzicht auf eigene Klasseninteressen locken kann. Das ist der Grund, warum die AMS, ob ihre Befürworter es wollen oder nicht, in der Klassenversöhnung statt bei der Verschärfung des Klassenkampfes enden muss.

Beate antwortet, auf dieses Problem in einer Veranstaltung am 14. Oktober in Hamburg angesprochen, dass natürlich klar sei, dass die Interessen der Arbeiterklasse immer Vorrang vor den Interessen der nichtmonopolistischen Bourgeoisie hätten.

Aber, auch hier gibt es keinen Mittelweg: Wenn die Interessen der Arbeiterklasse immer Vorrang haben, dann muss man den Klassenkampf auch in den kleinen und mittleren Unternehmen verschärfen und so die Aktionseinheit der Arbeiterklasse vorantreiben. Tut man das in der Praxis, dann gibt es keinen Unterschied zwischen Antimonopolisten und Antikapitalisten, aber es gibt dann eben auch kein Bündnis mit dem nichtmonopolistischen Kapital. Will man aber dieses Bündnis, dann kann man - objektiv betrachtet - den Interessen der Arbeiterklasse nicht immer Vorrang geben und wird, wenn man dabei bleibt, in der Sozialpartnerschaft enden.

#### Quellen und Anmerkungen:

- [1] Diese schlagwortartige Bezeichnung dient der Abkürzung. Sie kennzeichnet die Hauptstoßrichtung der Strategie der jeweiligen Position – wohl wissend, dass „Antikapitalisten“ auch gegen Monopole sind und „Antimonopolisten“ auch was gegen den Kapitalismus insgesamt haben.
- [2] Es geht um Unternehmen zwischen 10 und 250 Beschäftigten, in denen zusammen knapp 40% der Lohnabhängigen arbeiten. Da etwa 80.000 dieser Unternehmen eigentumsrechtlich Teil einer Konzernstruktur sind, bleiben als „Streitmenge“ sogar nur knapp 300.000 übrig.
- [3] „Die proletarische Avantgarde ist ideologisch gewonnen“ (Lenin, „Der Linke Radikalismus...“, LW Bd.31, S.79).
- [4] Ausführlichere Argumentation zur Klassenstruktur im aktuellen Kapitalismus im grundlegenden Beitrag von Ansgar Knolle-Grothausen zur Programmdiskussion 2003, der dann keinen Eingang ins Programm gefunden hat: <http://www.dkp-online.de/marxbild/doku/oeko-kap.pdf>
- [5] Zum konkreteren Verständnis des Unterschiedes zwischen einem Bündnis der Arbeiterklasse mit anderen Klassen und Schichten und dem Ausnutzen von Widersprüchen im Lager der gegnerischen Klassen und Schichten empfehle ich die Lektüre des Kapitels „Über die antifaschistische Volksfront“ (= Klassenbündnis) und des Kapitels „Der Faschismus - eine grausame, aber keine feste Macht“ (= Ausnutzen von Widersprüchen im Lager der Bourgeoisie) in „Arbeiterklasse gegen den Faschismus“ von Dimitroff und grundlegend das Kapitel VII „Strategie und Taktik“ in „Über die Grundlagen des Leninismus“ von Stalin.

Die nachfolgend dokumentierte Stellungnahme der DKP Kreisorganisation Gießen zur Thematik der antimonopolistischen Strategie wurde auf einer Mitgliederversammlung im Juli 2017 einstimmig beschlossen.

DKP Gießen

## STELLUNGNAHME ZUR LAUFENDEN DISKUSSION

Noch nie in der Geschichte der BRD war die Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung so schwach wie heute. Auch die DKP ist schwach wie nie. Interne Auseinandersetzungen, fehlende Klarheit und dadurch mangelnde Einigkeit sowie eine unzureichende gemeinsame Praxis lähmen zusätzlich.

In dieser Situation sollte es unsere Hauptaufgabe sein, die Partei zur Geschlossenheit zurückzuführen. Doch nur, wenn wir inhaltlich klar sind und ein eindeutiges Programm haben, können wir überhaupt eine schlagkräftige Einheit schaffen. „Einheit durch Klarheit!“ sollte unser Motto sein. Klarheit erlangt man durch gemeinsame Kämpfe, durch die Analyse der aktuellen Situation, durch das Studium der Geschichte der Arbeiterklasse und die Anwendung auf die heutige Zeit sowie durch den Austausch mit Schwesterorganisationen.

Wir müssen alle Kräfte darauf richten, in der Arbeiterklasse Bewusstsein zu schaffen und zu entwickeln, d.h. die Gesetzmäßigkeiten des Kapitalismus

mokratie“ leben, sondern in der Diktatur der Bourgeoisie, die es sich aufgrund der bestehenden Kräfteverhältnisse leisten kann, unter dem Mantel einer bürgerlichen Demokratie zu herrschen.

Ein „Politikwechsel“ im Kapitalismus setzt einen „Machtwechsel“ voraus, beinhaltet also den Bruch der Macht des Kapitals. Es ist weder die „Unfähigkeit“ noch die „Skrupellosigkeit“ der Kapitalisten an den Krisen schuld, sondern die innere zwangsläufige Logik des Kapitalismus.

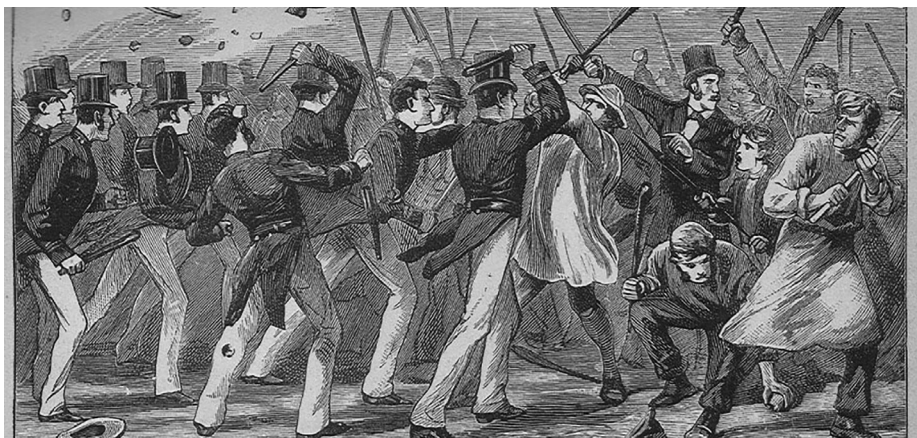
Selbstverständlich sind in diesem Kampf die Vertreter des Monopolkapitals der Hauptfeind. Daraus jedoch eine „antimonopolistische Strategie“ unter Einbeziehung „nichtmonopolistischer Kapitalvertreter“ abzuleiten, ist in der heutigen Zeit vollkommen illusionär und jeglichem erfolgreichen Klassenkampf abträglich. Diese aus den 70er Jahren stammende Vorstellung hatte als Grundlage drei Bedingungen: ein gefestigtes sozialistisches Weltsystem, der Befreiungskampf der ehemaligen Kolonien

treter (die vereinzelt in Form einer taktischen Zusammenarbeit möglich sein können) steht dem unter den bestehenden Kräfteverhältnissen diametral gegenüber, verbreitet Illusionen und schadet letztlich dem notwendigen Klassenkampf. Die in der antimonopolistischen Strategie vorgesehene Schwerpunktsetzung auf Bündnisse von Oben, Stimmenfang bei nichtmonopolistischen Kapitalisten, nicht erreichbaren Übergangsforderungen, Verschweigen des notwendig revolutionären Bruchs usw. ist irreführend und nicht zuträglich, die Arbeiterklasse zu organisieren.

Natürliche Bündnispartner im Kampf gegen das Kapital sind die Gewerkschaften; sie müssen gestärkt und von sozialpartnerschaftlicher Ideologie befreit werden. Das ist nicht möglich, wenn z. B. in Tarifaueinandersetzungen die Werkstätigen gegen ihre „nichtmonopolistischen Bündnispartner“ in den Streik geführt werden sollen. Einzelne Vertreter der „nichtmonopolistischen Bourgeoisie“ können in antifaschistischen oder antimilitaristischen Bündnissen partiell mitwirken, sie können - in Einzelfällen - ihre objektive Lage erkennen und sogar für eine sozialistische Gesellschaft eintreten.

Im Klassenkampf jedoch, wenn es um die Interessen der Arbeiterklasse geht, mehr Lohn, mehr demokratische und soziale Rechte, mehr Arbeitsplätze, ist und bleibt auch die „nichtmonopolistische Bourgeoisie“ der natürliche Feind aller Werkstätigen. Über deren mögliche Verhaltensweise in einer revolutionären Situation zu spekulieren, ist absurd. Ebenso falsch ist das krampfhaftes Suchen nach irgendwelchen „demokratischen Übergängen“ in einer Zeit, in der eine schleichende Faschisierung vonstattengeht und analog zum KPD-Verbot nach wie vor diesen Träumereien ein schnelles Ende beschert werden kann.

Heute gilt es, mit allen antikapitalistischen Kräften zusammen den Kampf aufzunehmen, dabei die Produktionsverhältnisse und die Eigentumsfrage in den Mittelpunkt zu stellen und das Bewusstsein dafür zu entwickeln und zu schärfen, dass nur in einer sozialistischen Gesellschaft Frieden und soziale Sicherheit möglich sind – Sozialismus oder Barbarei.



vermitteln und – anknüpfend an das „Teewasser“ – die Ursachen der sich zuspitzenden Probleme und Widersprüche und den Klassencharakter der Gesellschaft verdeutlichen. Dabei muss klar werden, dass der Kapitalismus grundsätzlich nicht reformierbar ist. So richtig unsere Forderungen im Sofortprogramm sind, für die es sich zu kämpfen lohnt, so notwendig ist gleichzeitig die Vermeidung von Illusionen, wobei der Doppelcharakter von Reformen nicht außer Acht gelassen werden darf. Dazu zählt auch die Tatsache, dass wir nicht in einer „De-

und starke kommunistische Bewegungen in den kapitalistischen Ländern (vgl. Gerns/Steigerwald: Probleme der Strategie des antimonopolistischen Kampfes, VMB, 1973). Keine dieser drei Voraussetzungen ist mehr gegeben! Im Gegenteil: Die Machtfülle der Kapitaleseite, die ihre Position mit „Sicherheitsgesetzen“ gefestigt und ein Instrumentarium der Unterdrückung geschaffen hat, scheint unangreifbar.

Eine Diskussion über die generelle Bündnisfähigkeit der Mittelschichten und nichtmonopolistischer Kapitalver-



Hans Heinz Holz

## ÜBER DIE OKTOBERREVOLUTION ALS EPOCHEN- ZEICHEN

Es ist der Bourgeoisie gelungen, eine große Zahl von Kommunisten ihrer Geschichte zu entfremden und damit die historische Identität der Bewegung zu zerstören. (Dass ihr dies gelingen konnte, ist objektiv eine Frage der ideologischen Hegemonie!) Wir sind aber nur Kommunistinnen und Kommunisten, wenn wir uns als Glied und Resultat der Geschichte der revolutionären Arbeiterbewegung verstehen – mit allem Heroismus, allen Leistungen und *auch* mit allen Fehlern und allem Unrecht, das in einem solchen „Kampf auf Leben und Tod“ (Hegel) begangen worden ist. Der entscheidende Einschnitt in dieser Geschichte ist die Oktoberrevolution, in der die Arbeiterklasse sich gegen eine Welt von Feinden als politisch siegreich erwies und den Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft beginnen konnte. Daran ist festzuhalten, auch wenn die ungelösten inneren Widersprüche in der Aufbauphase des Sozialismus und die Macht der äußeren Feinde schließlich das Scheitern dieses Versuchs bewirkten. Die Arbeiterklasse, geführt von der Kommunistischen Partei, hat in diesem Versuch bewiesen, dass sie selbst unter ungünstigsten Bedingungen einen wirklichen Fortschritt erkämpfen kann; und die Verelendung der ehemals sozialistischen Staaten Osteuropas nach der Konterrevolution lässt nachträglich die Größe dieses Fortschritts erst richtig erkennbar werden [...]

Halten wir daran fest, dass die Oktoberrevolution kein historischer Fehler war, wenn sie auch unter Bedingungen der Unreife stattfand! Um sich klar zu machen, welche paradigmatische Bedeutung die Oktoberrevolution besitzt, müssen wir einsehen, dass der Kapitalismus im 20. Jahrhundert noch genügend materielle Ressourcen und Entwicklungsmöglichkeiten besaß, um in der Phase der allgemeinen Krise, in die er mit dem Ersten Weltkrieg eingetreten ist, langfristig überleben zu können. Es gibt aber kein „Ende der Geschichte“, wie bürgerliche Geschichtsphilosophen uns einreden wollen. Und weil die Geschichte weitergeht über den gegenwärtigen

Stand der universellen Herrschaft des Kapitals hinaus, bleibt unsere Epoche die des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus (mit der Alternative der Barbarei, wie Rosa Luxemburg sagte). Weil aber der Kapitalismus auch heute noch wie 1917/18 stark genug ist, um sich gegen revolutionäre Kräfte – durch ideologische Manipulation und durch repressive Gewalt – zu behaupten, besteht wieder wie 1917 die Möglichkeit, dass die Kette an einem schwachen Glied bricht, das heißt in einem Land mit unreifen Bedingungen, aber offenen, zugespitzten Widersprüchen. [...]

Die Krise des Kapitalismus, die aus der zerstörerischen Zuspitzung seiner inneren Widersprüche entspringt, ist ein Jahrhundertphänomen. Sie zeigte sich erstmals in der Totalität des ersten Weltkriegs. In diesem ersten Ausbruch der allgemeinen Krise brach das zaristische Russland, noch auf der Schwelle der Industrialisierung, in dem die Volksmassen noch nicht einmal die bürgerliche Demokratie erkämpft hatten, unter der Wucht der militärischen Niederlage zusammen; die Bourgeoisie, erst relativ schwach entwickelt, konnte dem ungestümen Drängen der Arbeiter- und Bauernmassen keine funktionierende bürgerlich-demokratische Herrschaftsordnung anstelle der zaristischen Diktatur entgegensetzen und wurde weggefegt. Das „schwächste Kettenglied“ des kapitalistischen Weltsystems zersprang. Gerade die Unreife der Bedingungen ermöglichte in diesem Sonderfall die sozialistische Revolution.

Ist in anderen Fällen die Revolution der Höhepunkt oder Abschluss eines revolutionären Prozesses (wie die französische Revolution von 1789 oder die bürgerliche Revolution von 1848), so stand die Oktoberrevolution an dessen Beginn – und zwar sowohl der jungen Sowjetunion als auch am Beginn des weltweiten Prozesses des Übergangs von der kapitalistischen zur sozialistischen Gesellschaft. Sie war ein Signal zum Aufbruch in geschichtliches Neuland, nicht ein Siegel unter schon vollzogene historische Veränderungen. Sie markiert

nicht den Sieg des Proletariats, sondern den Anfang eines langen Kampfes um die klassenlose Weltgesellschaft, eines Kampfes gegen einen noch mächtigen, überlegenen Gegner. Mit der Oktoberrevolution begann die Epoche des revolutionären Prozesses, in dem der Kapitalismus überwunden und die wissenschaftlich-technische Revolution in den Dienst der Menschen (statt der Kapitalverwertung) gestellt werden wird. Aufstieg und Fall der Sowjetunion sind eine erste Phase dieser Epoche gewesen. Mit den sich verschärfenden Widersprüchen innerhalb des (scheinbar siegreichen) Kapitalismus sind wir in eine zweite Phase eingetreten. Die Entscheidungsfrage der Epoche bleibt aber dieselbe: Sozialismus oder Barbarei.

Die Oktoberrevolution setzte ein unvergängliches Zeichen: Die Schwachen und Entrechteten, die Ausgebeuteten und Unterdrückten haben die Kraft sich zu erheben. Sie haben die Kraft, ihren eigenen Staat, ihre eigene Gesellschaft aufzubauen und einen mächtigen Feind in die Schranken zu weisen. Es war die Sowjetunion, die den Faschismus zu Fall brachte, sie gab den anticolonialen Befreiungsbewegungen Rückendeckung. Viele soziale Zugeständnisse in den kapitalistischen Ländern wurden mit dem Blick auf eine sozialistische Alternative gemacht. Das „Gespenst des Kommunismus“ jagte den Herrschenden Schrecken ein. [...]

Die Oktoberrevolution ist der historische Einschnitt, an dem die gegenwärtige Epoche der Menschheitsgeschichte ihren Anfang nimmt. Seit dem Roten Oktober hat der Kampf um die Ablösung der bürgerlichen Gesellschaft begonnen, denn mit dem ersten Versuch, die Gesellschaftsformation des Sozialismus aufzubauen, hat die logisch „bestimmte Negation“ der Kapitalismus – die Aufhebung der privaten Aneignung des gesellschaftlich erarbeiteten Mehrwerts, also die Abschaffung des Privateigentums an den Produktionsmitteln – eine historisch bestimmte Konkretion erhalten. Dass die Eigentümer und Geschäftsführer des

Kapitals dies nicht widerstandslos hinnehmen werden, versteht sich von selbst. Dass sie mit der ungeheuren materiellen Überlegenheit, über die sie verfügten, die Chance hatten, die erste Schlacht zu gewinnen, ist kein Grund zum Defaitismus. Dass vielmehr die ihren Aufbau beginnenden sozialistischen Gesellschaften nicht nur mehr als 70 Jahre widerstehen und dabei zu Weltmachtrang aufsteigen konnten, sondern auch in vielen Bereichen funktionsfähige Modelle einer neuen Form des Gemeinwohls realisieren konnten, ist ein historischer Erfolg, der auch durch den vorläufigen Sieg des Kapitalismus nicht ausgelöscht wird. Da sind Beispiele gesetzt, die im Bewusstsein haften und das politische Handeln der Menschen motivieren können. Der reale Fortschritt in der Geschichte vollzieht sich nicht linear, sondern im Hin und Her von Voranschreiten und Rückschlägen. Aber Geschichte ist auch immer, wie Hegel sagte, ein „Fortschritt im *Bewusstsein* der Freiheit“, denn was die Menschheit einmal erreicht hat, geht nicht mehr vergessen und wirkt im „Reich der Vorstellung“ weiter. So markiert die Ok-

toberrevolution den Zeitpunkt, von dem an die Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus datiert werden wird.

Doch der Übergang ist in sich selbst noch unentschieden: Er kann gelingen oder scheitern. Ohne Kampf für die neue Gesellschaft kann er nicht gelingen. Denn die Eigentümer der Kapitalien, denen im Fetisch der Kapitalverwertung noch ihr eigener Untergang als Gewinn erscheint, müssen sich der Veränderung der Eigentumsverhältnisse widersetzen. Nur die Klasse, die den Mehrwert nicht aneignet, sondern ihn nur erzeugt, hat kein Interesse an der Fortdauer der Kapitalakkumulation und kann das System ändern, ohne sich selbst zu widersprechen. Die ihre Arbeitskraft verkaufen, woraus andere den Gewinn schöpfen, haben keinen Grund, um den Preis ihres eigenen Untergangs die Interessen der Kapitaleigner zu verteidigen. Sie müssen sich nur ihrer Klassenlage bewusst werden, um ihre Stellung im Grundwiderspruch der Epoche zu verstehen. Die Krise des Kapitalismus ist eine immanente Formbestimmtheit seiner Ökonomie. *Die*

*Überwindung der Krise ist eine Klassenfrage.* Darum ist der Übergang in unserer Epoche ein Übergang zum Sozialismus oder zu nichts.

Wir haben allen Grund, die Schüsse des Panzerkreuzers „Aurora“, mit denen die Oktoberrevolution begann, nicht zu vergessen. Wie Goethe bei der Kanonade von Valmy (wo französische Revolutionssoldaten die preußisch-österreichische Interventionsarmee in die Flucht schlugen) sagen konnte, hier habe ein neues Zeitalter begonnen, so dürfen wir daran festhalten: Die Kanonensalve der „Aurora“ eröffnete eine neue Epoche. An deren Ende wird die Menschheit sich eine neue Gesellschaftsordnung gegeben oder ihre Menschlichkeit verloren haben. Diese Alternative vor Augen, bleibt die Oktoberrevolution ein Zeichen der Hoffnung und Verpflichtung: Die Internationale erkämpft das Menschenrecht.

#### Quelle:

Kommunisten Heute. Die Partei und ihre Weltanschauung, Neue Impulse Verlag, Essen, 1995, Seiten 49f, 97f, 101f

Richard Corell

## WESHALB DIE VR CHINA EIN SOZIALISTISCHES LAND IST

Der in China seit der Befreiung 1949 eingeschlagene Weg der „Neuen Demokratie“ war ohne die Zeitenwende von 1914 und 1917 nicht möglich. Im 1. Weltkrieg dokumentierte die Bourgeoisie, dass ihre historisch fortschrittliche Rolle, das Zeitalter der „bürgerlich-demokratischen Weltrevolution“ [1], zu Ende gegangen war, dass sie die Völker nicht mehr zu Befreiung und Demokratie führte, die Nationen nicht mehr zur Unabhängigkeit, sondern zu Abhängigkeit, zu Unterdrückung und Reaktion: Imperialismus! Die Bourgeoisie hatte eine Monopolbourgeoisie und Finanzoligarchie herausgebildet, die Wirtschaft und Staat dominierte. Und sie machte deutlich, dass ihr letzter Ausweg im Krieg der imperialistischen Großmächte untereinander besteht. Aber mit der russischen Oktoberrevolution begann das Zeitalter der proletarischen Revolutionen und des Sozialismus, der „proletarisch-sozialistischen Weltrevolution“ [1]. Es wurde der Durchbruch erzielt, dass die Revolution siegen kann gegen die scheinbare All-

macht der Herrschenden. Das verlief, wie wir wissen, nicht geradlinig immer vorwärtsstürmend, sondern war und ist mit Rückschlägen verbunden, mit Konterrevolutionen, mit Faschismus – und selbstgemachten Fehlentwicklungen.

### Kontrolle der Lebenshaltung

Die KP China hat den sozialistischen Charakter ihrer Revolution und ihres Wegs verteidigt gegen die Aggressionen des Imperialismus, gegen die Nackenschläge aus den Bruderparteien (Chruschtschow), gegen rechte und ultralinke Abweichungen in den eigenen Reihen und schließlich gegen die versuchte Konterrevolution von 1989 [2]. Sie hat dabei stets die Rückständigkeit Chinas betont und besonders nach der vollendeten Konterrevolution in der Sowjetunion 1992 Schritte zurück machen müssen, was die gesellschaftliche Aneignung der Produktion angeht, u.a. Rückkehr der Kleinproduktion und des -handels, Stärkung der inländischen Ka-

pitalisten, Förderung von Investitionen des ausländischen Großkapitals. Die rote Linie dabei ist bereits in der Schrift Mao Tse-tungs „Über die Neue Demokratie“ formuliert: „man darf absolut nicht zulassen, dass einige wenige Kapitalisten und Grundherrschaften, *die Lebenshaltung der Nation kontrollieren*“ [3] (Herv. des Autors). Die KP bezeichnet China als großes Entwicklungsland, das die Grundlagen des Sozialismus aufbaut.

Wer die Entwicklung in der VR China als Kapitalismus oder gar Imperialismus bezeichnet, macht den gleichen Fehler, der damals im Kampf gegen den (seit dem 20. Parteitag) sich ausbreitenden Revisionismus gegenüber der Sowjetunion und der KPdSU gemacht wurde: Richtig war damals, dass bestimmte Schritte in die kapitalistische Restauration und ihre revisionistische Begründung gesehen und benannt wurden. Falsch war die Behauptung, dass sich mit Konzepten und Schritten in diese Richtung bereits der Klassencharakter als sozialistisches Land geändert hätte. Machtantritt des Revisio-

nismus ist eben nicht gleich Machtantritt sprich Errichtung der Diktatur der Bourgeoisie. Wie wir seit 1989-92 wissen können, bedarf es dazu einer veritablen Konterrevolution mit Zerschlagung des proletarischen Staats, der Kommunistischen Partei und all der Organisationen, die als Stützen dienen können, um die gemeinsamen Interessen der Arbeiter und Bauern zu verteidigen bzw. ihnen wieder Macht und damit Nachdruck zu verleihen. Statt auf diese Konterrevolution zu warten, ist es unsere Aufgabe, die revolutionären Kräfte in der Partei und im Volk des sozialistischen Landes zu unterstützen, damit die Konterrevolution verhindert werden kann. Das können wir am besten, indem wir hier im eigenen Land den Imperialismus angreifen und damit den Druck von Außen auf das sozialistische Land vermindern helfen. Das darf aber keine Floskel bleiben. Dazu gehören auch: der Verhetzung im eigenen Land gegen den Sozialismus und die VR China entgegenzutreten, dazu gehören auch freundschaftliche Beziehungen zu chinesischen Studenten und Arbeitern in der BRD, zur Vertretung der VR China, zu Chinas Kommunisten aufzubauen. Proletarischer Internationalismus heißt Chinas Kampf um den Sozialismus zu unterstützen. Das bedeutet auch, die Anstrengungen der VR China zu unterstüt-

zen, die Einkreisungs- und Unterwanderungsversuche durch den Imperialismus durchbrechen.

### **Band der Solidarität**

Die „Analytiker“, die China als kapitalistisch/imperialistisch einschätzen, müssten nachweisen, dass in China die Diktatur der Bourgeoisie errichtet ist, und sagen, wann und wie dies geschehen ist. Oder sie begeben sich auf die alte trotzkistische „Masche“: Seit Stalin, so wird behauptet, sei die Sowjetunion (und dann alle anderen auch) zu einem degenerierten/deformierten/entarteten Arbeiterstaat geworden. Und dann wird eine klassenunspezifische Bürokratie als der neue und eigentliche Feind herausgestellt, der die im Sozialismus angesagte „permanente Revolution“ selbstverständlich mit „stalinistischen“ Methoden blockiert, bis die Trotzkisten (getragen auf den Säufen der imperialistischen Invasi-on?) Erlösung bringen [4].

Solche „Analytiker“, für die – wie Eike Kopf es einmal ausgedrückt hat – „die Erringung und Gestaltung einer sozialistischen Gesellschaft eine theoretische Angelegenheit“ ist [5], können gegen China nur begrenzt Schaden anrichten; denn die Hunde bellen, die chinesische Karawane zieht weiter. Bei

uns jedoch tragen sie noch dazu bei, die Verwirrung groß zu halten und die unterschiedlichen Aufgaben und das gemeinsame Band der Arbeiterklasse in den imperialistischen Ländern (die sozialistische Revolution machen), in den sozialistischen Ländern (den Sozialismus aufbauen und verteidigen) und in den um ihre Befreiung kämpfenden Völkern (die Unabhängigkeit vom Imperialismus erkämpfen) zu verdunkeln. Dass es dabei taktisch Widersprüche geben kann, aber es strategisch Einheit der Arbeiterinteressen gibt, das gilt es zu erkennen und daran gilt es festzuhalten.

### **Quellen und Anmerkungen:**

[1] Mao Tse-tung, Über die Neue Demokratie (1940), Ausgewählte Werke, Bd. II, S.400.

[2] Vgl. R. Berthold, Chinas Weg, Berlin 2009, S. 202 ff.; zur Rolle Gorbatschows:

R. Corell, Die Große Proletarische Kulturrevolution – Chinas Kampf um den Sozialismus, Frankfurt 2009, S. 231.

[3] Mao Tse-tung, a.a.O., S.412.

[4] Zur These des „entarteten Arbeiterstaates“ vgl. Trotzki, Die Todesagonie des Kapitalismus und die Aufgaben der Vierten Internationale (Übergangsprogramm), 1938.

[5] E. Kopf, China als dynamischstes Kraftzentrum der „Peripherie“, in: Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung, #70/2007.

# IN EIGENER SACHE

Johannes Magel

## **ES GIBT VERÄNDERUNGEN IM HERAUSGEBERKREIS**

Es gibt Veränderungen im Herausgeberkreis von T&P. Genosse Achim Bigus scheidet aus dem Herausgeberkreis aus. Achim hat die Gründe für sein Ausscheiden in der nachfolgenden Erklärung dargestellt. Die Herausgeber haben sich verständigt, Genossen Jürgen Lloyd in ihren Kreis aufzunehmen.

Johannes Magel

*Ich habe mich nach langen Überlegungen entschieden, aus dem Herausgeberkreis von T&P auszuschneiden.*

*Der Grund dafür liegt nicht in meiner Nichtübereinstimmung mit dem einen oder anderen Artikel, der einen oder anderen in der Zeitschrift vertretenen Position. Vielmehr haben sich unsere Positionen und das Herangehen an inhaltliche und innerparteiliche Auseinandersetzungen im Herausgeberkreis auseinanderbewegt, besonders in der Frage des Umgangs mit den Widersprüchen inner-*

*halb der DKP unter den aktuellen Mehrheitsverhältnissen.*

*Bei der Gründung der T&P habe ich die Zeitschrift vor allem als Mittel dafür gesehen, inhaltliche Debatten in der Partei voranzubringen, die aus unserer Sicht damals vom Parteivorstand nicht vorangetrieben und von den Parteiorganen nicht in der notwendigen Offenheit geführt wurden - vor allem zu den innerimperialistischen Widersprüchen und der Rolle des deutschen Imperialismus sowie zu den besonderen Aufgaben der KommunistInnen im Verhältnis zu Bündnispartnern und anderen Linkskräften. Diese Aufgabe sehe ich heute nicht mehr, weil alle Themen in UZ und Marxistischen Blättern in aller Breite und Offenheit diskutiert werden können.*

*Doch in den letzten Jahren habe ich den Eindruck, dass sich die Diskussion in der Partei verschoben hat, weg von den inhalt-*

*lichen Kontroversen und hin zur Frage, ob und wie die verschiedenen Positionen in der Partei noch zusammenwirken können. In der DKP und auch innerhalb der T&P hat sich dabei zunehmend eine Position herausgebildet, die glaubt, das einheitliche Handeln der DKP durch das Hinaussäubern der Opposition – Stichwort „Unvereinbarkeitsbeschluss“ - wiederherstellen zu können. Diese Position halte ich für falsch und verhängnisvoll, denn nur in einer fundierten inhaltlichen Debatte und vor allem in einer gemeinsamen Praxis lassen sich die „richtigen“ Positionen finden. Diese Positionsfindung kann hart und schmerzhaft, muss aber in der Konsequenz solidarisch sein. Ich wirke vor allem in meiner Tätigkeit als stellvertretender Bezirksvorsitzender in Niedersachsen nach Kräften einer Ausgrenzung entgegen. Das passt schon länger nicht mehr zusammen mit der Mit herausgabe der T&P.*

*Achim Bigus*

# Inhalt

Johannes Magel

**Editorial** ..... Seite 1

## AKTUELL

**Uwe Ristenpart**..... Seite 2

**Anmerkungen zur Bundestagswahl 2017** . Seite 3

Stephan Müller

**Macrons Großmachtplan**..... Seite 5

## SCHWERPUNKT

Johannes Magel

**Zwischen den Stühlen nach vorn'** ..... Seite 7

Pablo Graubner

**Zur Lage der Nation** ..... Seite 8

Pablo Graubner

**Lest Losurdo!**..... Seite 9

Jürgen Lloyd

**Die Grundlagen antimonopolistischer Strategie** ..... Seite 10

## DOKUMENTIERT

Heiko Humburg

**Warum die antimonopolistische Strategie in den Sumpf führt ...** ..... Seite 14

DKP Gießen

**Stellungnahme zur laufenden Diskussion** Seite 16

## DEBATTE

Hans Heinz Holz

**Über die Oktoberrevolution als Epochen-Zeichen** ..... Seite 17

Richard Corell

**Weshalb die VR China ein sozialistisches Land ist**..... Seite 18

## IN EIGENER SACHE

Johannes Magel

**Es gibt Veränderungen im Herausgeberkreis** ..... Seite 19

# Impressum

**Herausgeber:**

**Arbeitskreis Sozialismus in Wissenschaft und Politik,**

**V.i.S.d.P.: Johannes Magel, 30175 Hannover**

**<http://www.theoriepraxis.wordpress.com>**

**Druck: Eigendruck**

**Auflage: 1.500**

**Der Bezug ist unentgeltlich.**

**Redaktion und Anzeigen:**

**Postanschrift:**

**Johannes Magel**

**Scharnhorststraße 18**

**30175 Hannover**

**E-Mail: [TundP-Box@web.de](mailto:TundP-Box@web.de)**

T&P erscheint einmal im Quartal. Die Herausgabe der Zeitschrift ist ohne Spenden nicht möglich. Sie können überwiesen werden auf folgendes Konto:

Michael Beltz ,

Spendenkonto Theorie und Praxis

BLZ: 513 500 25

IBAN: DE62 5135 0025 0000 4197 02

SWIFT-BIC: SKGIDE5F

Wer T&P aktiv unterstützen möchte, kann weitere Abonnenten gewinnen, kann eine Einmal-Spende überweisen oder besser einen Dauerauftrag einrichten. Auch für kleine Beträge sind wir dankbar.

Bei Abbestellungen, die schriftlich an die Redaktion oder per email an [TundP-Box@web.de](mailto:TundP-Box@web.de) zu richten sind, wird um die Angabe der vollständigen Adresse gebeten. Es wird auf die Internet-Präsentation der Zeitschrift unter <http://www.theoriepraxis.wordpress.com/> verwiesen. Für Verbesserungsvorschläge und kritische Hinweise ist die Redaktion dankbar. Die Auffassungen der Autoren der Beiträge und die der Redaktion müssen nicht übereinstimmen. Leserbriefe sind jederzeit willkommen, können jedoch beim gegebenen Umfang der Zeitschrift nicht immer veröffentlicht werden. Wir bitten um Verständnis.